



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

64. Sitzung

6. Wahlperiode

Freitag, 14. März 2014, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider, Vizepräsidentin Beate Schlupp,
Vizepräsidentin Regine Lück und Vizepräsidentin Silke Gajek

Inhalt

Antrag der Fraktion DIE LINKE Altenpflegehelferausbildung in Mecklenburg-Vorpommern reformieren – Drucksache 6/2748 –	2	Antrag der Fraktion der NPD Bedarf an Pflegefachkräften ermitteln und einheitliche Tarife für die Altenpflege durchsetzen! – Drucksache 6/2758 –	19
Karen Stramm, DIE LINKE	2, 6, 8	Änderungsantrag der Fraktion der NPD – Drucksache 6/2796 –	19
Ministerin Birgit Hesse	2	David Petereit, NPD	19
Bernd Schubert, CDU	3, 7	Antrag der Fraktion DIE LINKE Armut von Kindern und Jugendlichen in Mecklenburg-Vorpommern erfassen, analysieren und bekämpfen – für eine chancengleiche Entwicklung aller Kinder und Jugendlichen – Drucksache 6/2749 –	20
Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	4	Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE	20, 28
Julian Barlen, SPD	5	Ministerin Birgit Hesse	22
Beschluss	8	Detlef Lindner, CDU	22
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Absatzförderung für biologisch produzierte Lebensmittel – Drucksache 6/2739 –	8	Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	24
Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	8, 17	Martina Tegtmeier, SPD	26
Ministerin Heike Polzin	10	Tino Müller, NPD	27
Beate Schlupp, CDU	12	Beschluss	30
Dr. Fritz Tack, DIE LINKE	12	Nächste Sitzung Mittwoch, 9. April 2014	30
Thomas Krüger, SPD	14, 18		
Udo Pastörs, NPD	16		
Beschluss	18		

Beginn: 9.04 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich freue mich über die fröhliche Atmosphäre, aber ich darf Sie doch nun bitten, die Plätze einzunehmen. Wir wollen mit der Sitzung beginnen.

Ich begrüße Sie zur 64. Sitzung des Landtages. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Wir setzen unsere Beratung vereinbarungsgemäß fort.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 25:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Altenpflegehelfer-ausbildung in Mecklenburg-Vorpommern reformieren, auf Drucksache 6/2748.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE
Altenpflegehelferausbildung in
Mecklenburg-Vorpommern reformieren
– Drucksache 6/2748 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Stramm für die Fraktion DIE LINKE.

Karen Stramm, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! In Mecklenburg-Vorpommern steigt der Anteil der Älteren, das ist allgemein bekannt. Der Landtag hat deshalb die Enquetekommission eingerichtet, die die Auswirkungen des Älterwerdens auf unser Land näher bestimmen soll.

Mit höherer Lebenserwartung wird die Pflegebedürftigkeit steigen. Wir werden in Mecklenburg-Vorpommern mehr Pflegebedürftige mit höherem Pflegebedarf haben. Gleichzeitig schrumpfen die Unterstützungsmöglichkeiten der Familien. Wir haben weniger Kinder, fragilere Familienstrukturen und einen wachsenden Anteil von Singlehaushalten. Wer beruflich flexibel und mobil sein muss, kann seine Eltern nicht persönlich pflegen. Zudem verändern sich die Werte und Ansprüche. Vieles, was vorherige Generationen eigenverantwortlich leisteten, wird heute von der Gesellschaft erwartet. Die nachlassenden Möglichkeiten der Familien können durch nachbarschaftliches Engagement nicht ausgeglichen werden. Fast alle Experten gehen davon aus, dass sich der Bedarf an professioneller Pflege erhöhen wird. Dies bedeutet, wir brauchen mehr professionelle Pflegekräfte. Dabei ist der Bedarf bereits heute nicht gedeckt. Vertreter der Berufsverbände berichten übereinstimmend, dass der Markt für Pflegekräfte in Mecklenburg-Vorpommern weitgehend leer gefegt ist.

Um hier Abhilfe zu schaffen, muss die Politik die Ausbildung fördern, denn hier kann das Land pflegepolitisch handeln. Ich habe das hier im Parlament bereits mehrfach betont. So habe ich darauf hingewiesen, dass die Landesregierung die dreijährige Ausbildung der examinierten Pflegefachkräfte reformieren muss und auch kann. Heute verweise ich auf den Reformbedarf bei der Ausbildung der Kranken- und Altenpflegehelfer. Mecklenburg-Vorpommern hat sich 2004 für eine generalistische Ausbildung der Pflegehelfer entschieden. Die Zusammenführung der Berufe des Kranken- und des Altenpflegehelfers in eine Ausbildung entsprach den Anforderungen der Pflegewissenschaft und war der Wunsch der Berufsverbände. Durch diese generalistische Ausbildung haben die Absolventen breitere Ein-

satzmöglichkeiten und bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

Zum Vergleich: Bundesländer wie Hessen, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg bilden bis heute nur reine Altenpflegehelfer aus.

Was sich bewährt hat, wollen wir erhalten. Seit dem Erlass der Ausbildungsverordnung sind jedoch fast zehn Jahre ins Land gegangen. Da sich die fachlichen Inhalte und die Anforderungen an die Pflegehelfer seitdem geändert und vielfach erhöht haben, fordern wir eine grundlegende und zeitnahe Reform der Verordnung. Wir schlagen eine Verlängerung der Ausbildungszeit von bisher 18 auf 24 Monate vor.

(Minister Harry Glawe:
Warum nicht gleich 36?)

Damit würden die Ausbildungseinrichtungen mehr Zeit für Lehre und Erziehung erhalten.

Wenn Sie bedenken, was eine Pflegehelferin oder ein Pflegehelfer heute können müssen, unterstützen Sie unseren Antrag. Pflegehelfer üben keineswegs nur angeleitete Tätigkeiten aus, sondern sie arbeiten selbstständig im Bereich der Grundversorgung. Sie wirken mit bei der Wundversorgung, der Arzneimittelausgabe und dem Umgang mit Hilfsmitteln. Sie erheben Patientendaten, führen die Pflegedokumentation und sie müssen die rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen ihres Berufes kennen.

Auf die gestiegenen Anforderungen an den Beruf des Pflegehelfers haben einige Länder in der EU – unter den deutschsprachigen ist das Österreich –, aber auch deutsche Bundesländer, beispielsweise Sachsen, mit einer Verlängerung der Ausbildungszeit auf zwei Jahre reagiert. Wir sollten die Landesregierung beauftragen, es dem gleichzutun. Ich bitte Sie um Zustimmung zu unserem Antrag. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Stramm.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 60 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Sozialministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern Frau Birgit Hesse.

Ministerin Birgit Hesse: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Viele Bundesländer haben separate Regelungen entweder für den Beruf eines Altenpflegehelfers oder den des Krankenpflegehelfers erlassen. Namhafte Berufsverbände – Frau Stramm führte es bereits aus – fordern jedoch seit Jahren eine generalistische Ausbildung der beiden Berufsbilder. Deshalb hat sich das Sozialministerium bereits vor zehn Jahren dazu entschlossen, beide Berufsbilder zum Beruf des Kranken- und Altenpflegehelfers zusammenzufassen. Das entspricht auch modernen pflegewissenschaftlichen Ansprüchen. Die im Antrag der Fraktion DIE LINKE geforderte Erhöhung der Ausbildungszeit für Kranken- und Altenpflegehelfer ist fachlich

nachvollziehbar, eine Realisierung ist aber zurzeit aus verschiedenen Gründen nicht sinnvoll.

Erstens. Der Bundesgesetzgeber hat zugesagt, noch Ende dieses Jahres einen Referentenentwurf für ein neues Pflegeausbildungsgesetz vorzulegen. Solange die Rahmenbedingungen für die Fachausbildung nicht bekannt sind, ergibt es keinen Sinn, die Helferausbildung zu novellieren.

Zweitens. Schülerinnen und Schüler, die eine Erstausbildung zum Kranken- und Altenpflegehelfer anstreben, erhalten zurzeit keine Ausbildungsvergütung. Das liegt an den unterschiedlichen Finanzierungssystemen. Für viele Familien ist es mit einer großen Belastung verbunden, während der Ausbildung für den Unterhalt ihrer Kinder zu sorgen. Mein Ziel ist es, mich im Zusammenhang mit der Neuordnung der Pflegeberufe dafür einzusetzen, dass bei der Neuregelung der Ausbildungsfinanzierung auch die Helferberufe in der Pflege berücksichtigt werden. Es muss endlich möglich sein, bei der generalistisch ausgerichteten Helferausbildung den Auszubildenden eine Vergütung zu zahlen.

(Minister Harry Glawe: Richtig.)

Drittens. Für Absolventen mit dem Abschluss als Kranken- und Altenpflegehelfer, die nach der Verordnung des Sozialministeriums ausgebildet werden, ist anschließend die Kranken- oder Altenpflegeausbildung möglich. Die Ausbildung kann bis zu einem Jahr verkürzt werden, sodass die Kranken- und Altenpflegehelfer nur noch eine zweijährige Ausbildung zur Fachkraft absolvieren müssen. Das ist eine wichtige und gute Möglichkeit, den Fachkräftenachwuchs zu sichern. Eine Erhöhung der Ausbildungszeit der Kranken- und Altenpflegehelfer auf zwei Jahre würde diese Perspektive unattraktiver machen, denn es müssten in zwei Jahren die Ausbildung zum Kranken- und Altenpflegehelfer und anschließend noch einmal in zwei Jahren die Fachausbildung absolviert werden. Ich fürchte, das könnte zu einem Rückgang bei der Weiterqualifizierung von Pflegehelfern und somit zu einer Verschärfung des Fachkräftemangels führen.

(Zuruf von Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mein Ziel ist es deshalb auch, dass im neuen Pflegeausbildungsgesetz entsprechende Anrechnungsregelungen für Pflegehelfer aufgenommen werden.

(Minister Harry Glawe: Das ist sehr vernünftig.
Das fordert die CDU schon seit Jahren.)

Ich denke, dass wir in Mecklenburg-Vorpommern schon gute Regelungen haben. Mit dem neuen Pflegeausbildungsgesetz möchte ich weitere Verbesserungen erreichen. Diese Entwicklung gilt es abzuwarten. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Ministerin.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Schubert für die Fraktion der CDU.

Bernd Schubert, CDU: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich hatte beim Lesen des Antrages richtig Spaß, wenn die Sache nicht so ernst wäre. Da gehen doch unsere Kolleginnen und Kollegen von der Partei des sozialen Gewissens, als die sie sich doch stets verkaufen, hin und sprechen dem eigenen Nachwuchs, den jungen Menschen in unserem Land gerade die soziale Kompetenz ab, und darum müsste die Berufsausbildung verlängert werden.

Zu viele Berufsschüler und Berufsschülerinnen haben keine soziale Ader, keine Empathie für die Menschen, die sie umgeben. Das ist für mich schon verwunderlich. Vor zwei Tagen hat man darüber gesprochen, das Wahlalter auf 16 festzulegen, und jetzt spricht man den jungen Leuten keine soziale Ader und keine Erfahrungen im Leben zu, und das ist für mich verwunderlich. Also in zwei Tagen ändert sich die Meinung der LINKEN.

(Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

Wie heißt es doch: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst“. Nach Ansicht der LINKEN müssten diese jungen Menschen – ja, Entschuldigung – sich ganz schön selbst anstinken. Und offen gestanden war ich nicht nur über diese zweifelhafte offene Kritik überrascht, sondern auch über die Konsequenzen, die daraus gezogen werden. Wer nicht lieb ist oder denkt, der geht halt länger in die Schule. – Da wird bestimmt auch der letzte Schüler sein soziales Gewissen entdecken!

Zweierlei gebe ich zu bedenken: Zum einen ist der Ansatz, dass Berufsschulen prägungsmäßig ausbügeln sollen, was nach Ansicht der Antragschreiber offenkundig lange zuvor versäumt wurde, falsch. Prägung und soziale Kompetenz finden wir zu Recht bei der frühkindlichen Erziehung. Da ist die Berufsschule Jahre zu spät und im Übrigen auch pädagogisch um Altersklassen entfernt. Und ich frage mich natürlich auch, warum eine staatliche Ausbildung auffangen soll, was das soziale Netzwerk, das Umfeld und die Familien verpasst haben, den Kindern zu vermitteln. Schule kann und wird nicht der Ort sein, an dem diese Defizite abgearbeitet werden. Eine weitere Verstaatlichung zur Entlastung elterlicher Verantwortung ist ein interessanter Gedanke, mit uns jedoch nicht zu machen.

Zum anderen halte ich es für fatal, in Zeiten akuten, ja chronischen Fachkräftemangels solche Zeichen zu setzen. Wir können uns gar nicht erlauben, Ausbildungszeiten im Bereich der Pflegeberufe zu verlängern. Das bedeutet für den Arbeitsmarkt Verzögerungen, obwohl Mann und Maus gebraucht werden. Ich erspare uns allen weitere Ausführungen zum demografischen Wandel und der sich daraus ergebenden, sich noch weiter zuspitzenden Arbeitsmarktsituation. Für den Einzelnen bedeutet es eine Verlängerung, die in anderen Ländern nicht üblich ist, und da komme ich noch mal zu den Zahlen.

Frau Stramm hatte hier nur die Zahl aus Sachsen genannt. Ich finde ein Bundesland, das längere Ausbildungszeiten hat, das ist Hamburg mit zwei Jahren. Alle anderen haben weniger Ausbildungszeiten für den Altenpflegehelferberuf und Krankenpflegehelferberuf wie in unserem Land.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Als!)

Und da ist es schon verwunderlich, dass man sich gezwungen sieht, weil andere Bundesländer längere Ausbildungszeiten haben, hier einen Ansatz zu sehen, um die Ausbildungszeiten für Altenpflegehelfer und Krankenpflegehelfer zu erweitern. Einen Ansatz hat Frau Stramm ja schon gefunden. In ihrem Antrag steht eigentlich nur der Begriff „Altenpflegehelfer“ drin. Sie hat aber jetzt in der Begründung noch mal gesagt, es trifft auch für die Krankenpflegehelfer zu. Die Ministerin hat schon gesagt, dass wir bereits vor zehn Jahren diese Vereinheitlichung in der Berufsausbildung gemacht haben. Insofern, glaube ich, stimmt der Ansatz nicht, dass wir unbedingt handeln müssen, weil es in anderen Bundesländern eine längere Ausbildungszeit gibt.

Ein weiterer Grund ist – den nannte auch schon die Ministerin –, dass es keine Ausbildungsvergütung gibt. Meines Erachtens wäre das Ausbeutung – das, glaube ich, wollen die LINKEN nicht –, wenn wir den Auszubildenden aufbürden wollen, dass sie noch ein halbes Jahr länger ihre Berufsausbildung machen, und das unentgeltlich. Wir haben viele private Schulen, und auch darüber haben wir schon mal gesprochen, dass man dort ein Schulgeld bezahlen muss. Das kann nicht im Sinne der Auszubildenden ...

(Helmut Holter, DIE LINKE: Da haben Sie doch unsere Anträge abgelehnt, Herr Schubert. Erzählen Sie doch nicht so einen Quatsch hier!)

Das hat aber nichts damit zu tun,

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Doch, das hat damit zu tun.)

dass Sie die Ausbildungszeiten auf dem Rücken der Auszubildenden erweitern wollen und dass sie diese Kosten tragen müssen.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ja, Maßnahmen, die wir vorgeschlagen haben, haben Sie abgelehnt.)

Die haben wir nicht abgelehnt,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Doch, die haben Sie abgelehnt. Gucken Sie ins Protokoll, dass Sie alle Anträge ablehnen!)

darüber haben wir diskutiert und nach Lösungswegen gesucht. Sie greifen aber wieder aus dem vollen Ausbildungskatalog einen bestimmten Berufsweig auf, der ausgebildet werden soll, und dafür wollen Sie sich einsetzen.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das ist doch in Ordnung.)

Ein weiterer Punkt, den ich sehe, ist, meines Erachtens haben Sie mit den Fachleuten nicht genügend darüber gesprochen.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Sie waren ja dabei, ne?)

Es gibt keinen, der Ihr Ansinnen mit unterstützt, eine längere Ausbildungszeit für Alten- und Krankenpflegehelfer. Ich habe keinen gefunden, der mir gesagt hat, dieser Antrag ist sinnvoll. Im Gegenteil, sie warten in der Praxis

auf diese ausgebildeten Kräfte und befürworten eine Verlängerung nicht. Insofern sehen wir keinen Bedarf, Ihrem Antrag zuzustimmen. Ich kann nur noch mal sagen, wie häufig, ziehen Sie Ihren Antrag zurück und dann ist die Debatte damit auch beendet.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Die Ministerin sagt, wir machen ein neues Gesetz und schauen mal, was dabei rauskommt, und Sie sagen das.)

Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Schubert.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete und Vizepräsidentin Gajek für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Zuruf aus dem Plenum:
Heute auch wieder so emotional? –
Andreas Butzki, SPD: Aber der Puschel vom Mikrofon war dran. – allgemeine Heiterkeit)

Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten!

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Der Puschel ist dran. –
Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Der Puschel!)

Ich weiß gar nicht, wie das richtig heißt.

(Heiterkeit vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Der Puschel!)

Puschel? Na gut. Ihr habt euch erinnert, obwohl es so spät war.

Aber jetzt würde ich gerne zur Rede kommen.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU – Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Wir werden es nie vergessen.)

Also, meine sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass wir auch in unserem Bundesland mehr Pflegepersonal brauchen, ist unstrittig. Die Zahl der Pflegebedürftigen steigt ständig an. Die Fachkräftelücke wird, wenn es kein energetisches, nein, energisches Gegensteuern gibt,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

in den kommenden Jahren immer weiter auseinanderklaffen. Wir wissen also, die Kernfrage lautet: Wie können wir mehr Menschen, auch junge Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger, für die ebenso notwendige wie verantwortungsvolle Tätigkeit in der Pflegebranche gewinnen? Meine Fraktion hat dafür wiederholt Vorschläge unterbreitet, beispielsweise mit einem Antrag zur Reform der Pflegeausbildung, das ist die Drucksache 6/2120.

Nun kommt die Fraktion DIE LINKE mit einem Antrag um die Ecke, den ich nicht nachvollziehen kann. Einerseits

werden darin diejenigen Menschen geschmäht, die sich für eine Ausbildung im Pflegebereich interessieren und engagieren. Ich zitiere: „Empathie und ... soziale Kompetenzen“, so heißt es im Antrag, seien „nicht ... bei allen“ von ihnen „in ausreichendem Maße gegeben“, Zitatende. Diesen vermuteten Mangel an Sozialkompetenz möchte DIE LINKE nun mit verlängertem Schulbankdrücken beheben. Mittels einer Verlängerung der Ausbildungszeit um ein halbes Jahr, so die Diagnose, sei ein Zuwachs an zwischenmenschlicher Befähigung zu erreichen.

(Egbert Liskow, CDU:
Das geht doch gar nicht.)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, einmal abgesehen davon, dass es ein Unding ist, Auszubildenden, die sich für den Pflegeberuf entscheiden, die passende persönliche Eignung abzusprechen, überzeugt der Lösungsansatz wirklich in keiner Weise.

Aus der Begründung Ihres Antrages geht richtig hervor, dass auch Altenpflegehelfer/-innen zunehmend fachlich anspruchsvolle Aufgaben zu bewältigen haben. Dass sich dies in entsprechenden Schwerpunktsetzungen des Kurrikulums und der Organisation der Ausbildung widerspiegeln sollte, stellen die Bündnisgrünen nicht in Abrede. Dies geht aber nicht zwingend mit einer Verlängerung der Ausbildungszeit einher. Wir finden es zum Beispiel viel zielführender, darüber nachzudenken, ob tatsächlich eine vollzeitschulische Ausbildung in diesem Bereich noch sinnvoll ist oder ob nicht eine stärkere Verknüpfung zwischen Ausbildungsbetrieb und Schule viel eher

(Regine Lück, DIE LINKE: Ob das
aber die Helfer leisten können, das ist
noch die große Frage. Da sind auch die
Fachleute sich noch nicht einig drüber.)

der adäquaten Vorbereitung auf den Beruf dienen würde.

Es gibt aus unserer Sicht eine Reihe von Maßnahmen, die zur Steigerung der Attraktivität des Berufsbildes Altenpflegehelfer/innen beitragen könnten. Ich nenne hier exemplarisch eine Neugestaltung der Zugangsvoraussetzung auch unter stärkerer Anrechnung einschlägiger Praktika, beruflicher oder ehrenamtlicher Erfahrungen oder der Freiwilligendienste. Eine Anrechnungsmöglichkeit auf Antrag sieht die Verordnung im Paragraph 4 ja heute schon vor, daran ließe sich gegebenenfalls anknüpfen. Ich nenne weiterhin die Einrichtung schulgeldfreier Ausbildungsplätze und die Erprobung dual orientierter Ausbildungsvarianten, als Nächstes die Eröffnung insbesondere auch berufsbegleitender Aus-, Fort- und Weiterbildungsperspektiven oder die Herstellung von horizontaler Durchlässigkeit im Bereich der Pflegeberufe und selbstverständlich eine angemessene Vergütung im späteren Berufsleben.

All das finden wir sinnvoll und haben dies auch wiederholt von der Landesregierung eingefordert. Ich kann mich deshalb hier kurzfassen: Eine Verlängerung der Ausbildung für Altenpflegehelferinnen und Altenpflegehelfer, also derjenigen Ausbildung, die für Interessentinnen und Interessenten mit Berufsreife den einzigen beruflichen Einstieg in die Pflegebranche darstellt, zählt aus unserer Sicht nicht zum Katalog der sinnvollen und attraktivitätssteigernden Maßnahmen.

(Torsten Renz, CDU: Sehr richtig.)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich abschließend ganz deutlich sagen: Einfühlungsvermögen und die Fähigkeit, Menschen wertschätzend und sozial adäquat zu begegnen, sind unserer Meinung nach Querschnittskompetenzen, die nicht auf einzelne Berufsgruppen reduziert und beschränkt werden sollten, sondern die für unsere Gesellschaft insgesamt wertvoll sind und deshalb einen wesentlichen Bestandteil aller Bildungsangebote darstellen sollten. Dem vorliegenden Antrag können, wollen und werden wir nicht zustimmen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Gajek.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Julian Barlen für die Fraktion der SPD.

Julian Barlen, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie wir wissen, und an dieser Stelle erzähle ich Ihnen allen nichts Neues, nimmt die Bevölkerung unseres Landes in den kommenden Jahren ab

(Heiterkeit bei Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ach echt?)

und gleichzeitig wächst die Anzahl der Älteren, insbesondere der Hochbetagten.

Genau, auch gewichtsmäßig hoffentlich, aber auch zahlenmäßig, genau.

Gleichzeitig wächst die Anzahl der Älteren, insbesondere der Hochbetagten. In den kommenden 15 Jahren wird beispielsweise die Zahl der Seniorinnen und Senioren über 65 Jahre in unserem Bundesland um 40.000 Personen steigen. Das entspricht etwa der Bevölkerungsanzahl der Hansestadt Wismar heute.

Vor diesem Hintergrund, sehr verehrte Damen und Herren, müssen wir die Frage beantworten, ob Anträge hier im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern geeignet sind und ob insbesondere der vorliegende Antrag der Fraktion DIE LINKE dazu geeignet ist, kurz- bis mittelfristig mehr junge Menschen für den Pflegeberuf zu gewinnen und damit gleichzeitig den wachsenden Pflegebedarf qualitativ hochwertig und vor allen Dingen auch flächendeckend sicherzustellen.

Meine Damen und Herren, bereits während der Beratung zur Änderung des Landespflegerechts Ende des Jahres 2012 haben sich die Koalitionsfraktionen hier im Landtag sehr deutlich dafür ausgesprochen, dass neben gutem Entgelt und guten Arbeitsbedingungen auch das Berufsbild der Pflege insgesamt attraktiver werden muss. Dabei müssen Ausbildung und Qualifizierung von Pflegekräften selbstverständlich den gestiegenen Berufsanforderungen gerecht werden. Und hierzu gehört, die Altenpflegeausbildung insgesamt in eine generalistisch ausgerichtete Ausbildung zu überführen. Gleichzeitig gilt es, die Ausweitung akademischer Weiterbildungsmöglichkeiten für die Pflege in den Blick zu nehmen und insgesamt Perspektiven für die Pflege zu eröffnen, also jungen Menschen durch attraktive Rahmenbedingungen Lust zu

machen, diesen wichtigen Beruf für die Zukunft unseres Landes zu erlernen.

Gute Pflege mit engagierten und in ausreichender Anzahl vorhandenen Pflegekräften braucht also etwas mehr, als in dem vorliegenden Antrag angesprochen ist. Das erfordert eine umfassende Ausbildungsreform und keine Einzelaktion. Auf Bundesebene gibt es, das ist angesprochen worden, Bewegung zu diesem Thema. Wer die Koalitionsverhandlungen in Berlin und wer eben die Rede unserer Sozialministerin Hesse aufmerksam verfolgt hat, dem wird aufgefallen sein, dass sich die Große Koalition vorgenommen hat, die Pflegeausbildung insgesamt zu reformieren. Konkret soll bereits zum Ende dieses Jahres ein Referentenentwurf vorliegen. Und schon deshalb – und hier kann ich auch die Worte unserer Sozialministerin nur noch einmal wiederholen – macht es zu diesem Zeitpunkt einfach keinen Sinn, die eng mit der Fachkräfteausbildung zusammenhängende Altenpflegehelferausbildung jetzt zu ändern und sie möglicherweise wenige Monate später abermals zu novellieren. Das sorgt für Unsicherheit im Ausbildungsmarkt und das sorgt auch für sehr wenig Begeisterung bei den jungen Menschen.

Sehr geehrte Damen und Herren, mit dem vorliegenden Antrag soll erstens der Landtag feststellen, dass es vielen Berufsschülerinnen und Berufsschülern an sozialer Kompetenz mangelt, und zweitens soll auf dieser Grundlage die Ausbildungsdauer von eineinhalb Jahren auf zwei Jahre verlängert werden, um diesen Menschen dann offenbar in den hinzukommenden sechs Monaten die notwendige soziale Kompetenz für die Ausübung der Altenpflegehelfertätigkeit mit auf den Weg zu geben.

Sehr geehrte Damen und Herren, insbesondere der Linksfraktion, damit wir uns nicht missverstehen: Jungen Menschen soziale Kompetenz, Empathie, Nächstenliebe – nennen Sie es, wie Sie es wollen – mit auf den Weg zu geben, das begrüßen wir alle sehr, das ist unser gemeinsames Anliegen. Aber Sie glauben doch nicht im Ernst, dass jungen Menschen in einem halben Jahr längerer Ausbildungszeit im nahezu Erwachsenenalter das beigebracht werden kann, was in den Jahren zuvor an weichen Faktoren, an Soft Skills, möglicherweise versäumt wurde, ihnen beizubringen. Punktuelle Aktionen bezogen auf soziale Kompetenz im Rahmen einer Verlängerung der Ausbildung um sechs Monate helfen nicht weiter. Stattdessen, das habe ich eben angesprochen, müssen insgesamt die Kompetenzen in den Familien, in den Kitas, in den Schulen vermittelt werden, dauerhaft als Querschnittsaufgabe. Darauf ist Frau Gajek auch eingegangen.

Und deshalb setzt sich die SPD-Landtagsfraktion seit Jahren dafür ein, dass alle Kinder in unserem Land gleichermaßen die Möglichkeit haben, in gute Kitas und in gute Schulen zu gehen. Beispielsweise haben wir mit der KiföG-Novelle die Kitas gestärkt. Zusätzlich investiert das Land weiteres Geld im Rahmen der besonderen individuellen Förderung in soziale Brennpunktgebiete. Ich weiß, das wird insbesondere von der Linksfraktion sehr oft kritisch betrachtet, aber in den Förderschwerpunkten, die mit zusätzlichem Landesgeld gesetzt werden, geht es explizit um die dauerhafte Förderung von sozialen Kompetenzen für junge Menschen im Land. Das darf man nicht isoliert voneinander betrachten.

Meine Damen und Herren, nur mit einem umfassenden politischen Konzept, was DIE LINKE augenscheinlich

noch sucht, können junge Menschen für den späteren Beruf fit gemacht werden, und das gelingt mit diesem Antrag alleine nicht. Auch gelingt mit dem Antrag nicht, mehr junge Menschen für den Pflegeberuf zu motivieren. Ich behaupte, das Gegenteil wird der Fall sein. Vergewärtigt man sich, dass die Ausbildung derzeit ohne Vergütung erfolgt, dann liegt es auf der Hand, dass der ohnehin zumindest monetär geringe Anreiz einer Pflegehelferausbildung im Vergleich zu anderen vergüteten Ausbildungsberufen mit zunehmender Ausbildungsdauer sinkt. Ministerin Hesse ist darauf eingegangen.

Die Umsetzung des LINKEN-Antrages hätte unseres Erachtens zur Folge, dass zum einen weniger Pflegehelferinnen und -helfer aufgrund der längeren Ausbildungsdauer und zum anderen längerfristig weniger Pflegehelfer aufgrund der geringeren Anreizwirkung dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stünden. Und diese beiden Effekte wirkten sich wiederum negativ auf die Anzahl Ausbildungswilliger für die anschließende Fachkräfteausbildung aus, denn viele der ausgebildeten Altenpflegehelferinnen und -helfer bilden sich danach zur Fachkraft weiter. Insgesamt könnte der Antrag, obwohl er sicherlich etwas anderes intendiert, den Fachkräftemangel in unserem Bundesland weiter verschärfen.

Meine Damen und Herren, eine bedarfsgerechte menschenwürdige Pflegeversorgung in Mecklenburg-Vorpommern auch zukünftig sicherzustellen, ist unser gemeinsames Kernanliegen. Dieser Aufgabe stellen wir uns selbstverständlich auch weiterhin. Der vorliegende Antrag trägt jedoch nicht dazu bei, dem zunehmenden Pflegebedarf qualitativ und flächendeckend zu begegnen, und deshalb lehnen wir den Antrag ab. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Barlen.

Das Wort hat jetzt noch einmal die Abgeordnete Frau Stramm von der Fraktion DIE LINKE.

Karen Stramm, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete!

Frau Hesse, die Sozialpolitik hier im Land verweist immer auf die Bundespolitik,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Nee, nee, nee, das stimmt nicht. –
Zuruf von Ministerin Birgit Hesse)

aber man kann auch im Land handeln, und dabei fordern wir, die Ausbildungsverordnung für den Beruf der Kranken- und Altenpflegehelferinnen und des Kranken- und Altenpflegehelfers in Mecklenburg-Vorpommern zu reformieren. Die Ausbildungszeit soll von 18 auf 24 Monate verlängert werden. Diese Forderung ist nicht am grünen Tisch, Herr Schubert, entstanden.

(Torsten Renz, CDU:
Am roten, am roten.)

Diesem Antrag gingen Gespräche mit Schulleiterinnen und Schulleitern voraus, an deren Einrichtungen die Ausbildung zur Kranken- und Altenpflegehelferinnen und zum Kranken- und Altenpflegehelfer in Mecklenburg-Vorpommern angeboten wird. Sie alle wünschen sich

mehr Zeit für die Vermittlung der komplexer und komplizierter gewordenen Lehrinhalte. Es handelt sich also um eine Forderung aus der Praxis und wir würden gut daran tun, die Forderung aufzugreifen.

Fast in allen Gesprächen wurde mir geschildert, dass die Schulen zunehmend Schwierigkeiten haben, geeignete Bewerber für die Ausbildung zu finden. Es war, wie mir gesagt wurde, schon vor zehn Jahren nicht einfach, heute ist jede neue Klasse ein kleines Wunder. Wir sprechen hier von der Erstausbildung. Auch für die Kinder und Jugendlichen haben sich die gesellschaftlichen Bedingungen gewandelt. Kinder und Jugendliche werden zunehmend zum knappen Gut und wer einigermaßen akzeptable Noten hat, kann unter den Berufen wählen.

Der Kranken- und Altenpflegehelferberuf ist zwar anspruchsvoll, denn man hat die Verantwortung für Menschen, die hilfe- und pflegebedürftig sind und die teilweise nicht mehr selbst entscheiden können. Dieser Beruf hat aber kein hohes Sozialprestige. Er wird gering bezahlt, er wird in Schichten geleistet und am Wochenende. Das lässt nachvollziehen, warum der Beruf des Kranken- und Altenpflegehelfers für die meisten Schülerinnen und Schüler nicht der Traumberuf ist.

Für die Schulen kommt erschwerend hinzu, dass auch sie die Auswirkungen der veränderten Familiensituationen auf die Jugendlichen spüren. Sie müssen heute viel mehr als in der Vergangenheit Werte und soziale Kompetenzen vermitteln. Dazu brauchen sie mehr Zeit – wir sollten sie ihnen geben.

Eine zweijährige Ausbildung hätte für die Schüler neben einer besseren Lernsituation den Vorteil, dass zumindest diejenigen, die nicht mehr zu Hause wohnen, BAföG beantragen könnten. Das ist kein unwichtiger Aspekt,

(Regine Lück, DIE LINKE:
Das ist sehr sinnvoll.)

denn die künftigen staatlich geprüften Kranken- und Altenpflegehelferinnen und -helfer erhalten in der Regel keine Ausbildungsvergütung. Auch diese Tatsache sollte bei einer grundlegenden Reform der Ausbildungsverordnung geändert werden.

Eine Bemerkung zum Schluss: Von den Koalitionsfraktionen hören wir immer wieder, dass die LINKEN untätig seien. Wir würden nur kritisieren, aber nicht sagen, wie man es besser machen kann. Diese Unterstellung weise ich zurück. Kritik gehört zu den Pflichten der Opposition. Wer, wenn nicht wir, würde die Mängel und Fehler der Landesregierung ansprechen? Etwa Sie selber? Damit ist nicht zu rechnen. Wir machen konstruktive Vorschläge, das habe ich für die Pflegeausbildung heute zum dritten Mal getan. Ich habe Vorschläge für eine bessere Fachkraftausbildung in Mecklenburg-Vorpommern eingebracht – ich sage nur, Kompensation des Schulgelds – und plädiere heute für eine Verlängerung der Ausbildung der Kranken- und Altenpflegehelfer.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Frau Stramm, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Renz?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Oh, Herr Renz!)

Karen Stramm, DIE LINKE: Danke, ich bin auch gleich am Ende.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Also Frau Stramm hat abgelehnt, Herr Renz.

Karen Stramm, DIE LINKE: Also bei einer Verlängerung, Herr Renz, gäbe es nur Gewinner, keiner würde verlieren. Deshalb mein Appell an Sie, stimmen Sie unserem Antrag zu, überwinden Sie parteipolitische Schranken! – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Stramm.

Ums Wort gebeten hat noch einmal der Abgeordnete Herr Schubert für die Fraktion der CDU.

(Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

Bernd Schubert, CDU: Ja, Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Da Frau Stramm die Frage von Herrn Renz nicht zugelassen hat, werde ich das in meinen Ausführungen noch mal bekräftigen, worum es eigentlich geht.

Wenn man sich die Ausbildungszeiten ansieht in den einzelnen Bundesländern, bezogen auf praktische Ausbildung und auf schulische Ausbildung, dann liegt das Land Mecklenburg-Vorpommern ganz an der Spitze. Ich sage mal die Zahlen: 800 Stunden für die eineinhalb Jahre im Unterricht und 1.400 Stunden praktische Ausbildung.

(Regine Lück, DIE LINKE: Das ist ja nur ein Teilproblem. Es geht um BAföG, ja oder nein.)

Ein Bundesland hat mehr, das ist nämlich das Land Hamburg. Die haben in der theoretischen Ausbildung 960 Stunden für zwei Jahre – das ist auch das Bundesland, was eine zweijährige Ausbildung macht – und 2.240. Alle anderen Bundesländer haben mindestens die gleichen, wenn nicht sogar noch weniger Stunden

(Egbert Liskow, CDU: Aha!)

in der praktischen und auch in der beruflichen Ausbildung. Da wäre ja schon mal überlegenswert, in welche Richtung soll überhaupt die Ausbildungszeit verlängert werden, im praktischen Teil oder im schulischen Teil?

(Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

Den schulischen Teil, das kann ich natürlich nachvollziehen, wenn man die Berufsschullehrer fragt, dass man dort eine Verlängerung als sinnvoll ansieht. Wenn, dann müsste der praktische Teil eigentlich mehr im Vordergrund stehen, weil ja natürlich gerade der praktischen Ausbildung für die Krankenpflegehelfer und Altenpflegehelfer eine größere Bedeutung zukommt. Aber, meine Vorredner hatten es schon genannt, es wird da bundesweit eine Regelung geben oder sie soll überarbeitet werden, insofern ist es nicht sinnvoll.

Aber, und das war auch die Frage von Herrn Renz oder sollte die Frage werden, wo will man eigentlich eine Ausbildungszeit verlängern? Vielleicht kann man sich da noch mal in Ruhe Gedanken machen bei den LINKEN. Man hat ja noch genügend Zeit, bis eine Novellierung stattfindet, und kann sich dann noch mal dazu äußern.

(Beifall Torsten Renz, CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Schubert.

Ums Wort gebeten hat noch einmal Frau Stramm für die Fraktion DIE LINKE.

(Torsten Renz, CDU: Oha!)

Karen Stramm, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Die Ausführungen von Herrn ...

(Torsten Renz, CDU:
Schubert. Nicht Renz, Schubert.)

Schubert, Entschuldigung,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Schubert/Renz,
Sie können einen Doppelnamen nehmen.)

die von Herrn Schubert/Renz, so kann man vielleicht sagen, veranlassen mich dann doch, noch etwas zu sagen.

Inwiefern die sechs Monate Ausbildungszeit, wie die Verlängerung der Ausbildungszeit um sechs Monate gewährleistet werden soll, das soll ja genau das Land entscheiden.

(Egbert Liskow, CDU: Ach so!)

Wir wissen heute schon, dass an den Schulen ...

Das habe ich in meiner Rede im Übrigen zwar nicht so gesagt, sondern dass das Land für die Reform verantwortlich ist.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Und im Übrigen, Herr Schubert, müssen schon heute die Schulen diese Praktikumsplätze für den Praxisabschnitt selber vermitteln und haben zunehmend Probleme damit, Betriebe zu finden für den Praxiseinsatz. Insofern ist das eine ganz, ganz spannende Sache.

(Torsten Renz, CDU: Aber jetzt
geht es ja um die Verlängerung.)

Ja, es ist eine ganz spannende Sache, wie das Land es einschätzt in einer Reform,

(Julian Barlen, SPD:
Das haben wir ja eben dargelegt.)

wo die Ausbildungsinhalte verlängert werden sollen. – Danke schön.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/2748. Wer dem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/2748 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE und Gegenstimmen der Fraktionen der SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und NPD abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 26:** Beratung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Absatzförderung für biologisch produzierte Lebensmittel, auf Drucksache 6/2739.

**Antrag der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Absatzförderung für biologisch
produzierte Lebensmittel
– Drucksache 6/2739 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Dr. Karlowski für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Die Wertschöpfung in der Landwirtschaft zu erhöhen, das ist erklärtes Ziel der Landwirtschaftspolitik von Mecklenburg-Vorpommern. Gleichzeitig soll die biologische Landwirtschaft gefördert werden. Indem nun Großküchen des Landes als Teil einer regionalen Wertschöpfungskette mit ökologisch produzierten Lebensmitteln gewonnen werden, lassen sich diese beiden Ziele in idealer Weise miteinander verknüpfen.

Das Ziel einer stetig wachsenden ökologischen Anbaufläche in Mecklenburg-Vorpommern ist bei den derzeit zu erzielenden Erzeugerpreisen für Bioprodukte ernsthaft in Gefahr. Die ersten Betriebe denken über Rückumstellungen nach, und das, obwohl die Nachfrage nach Bioprodukten aus der Region weiter steigt. Verlässliche Einkünfte sind für die Biobauern nur dann zu erzielen, wenn sie eine Marktmacht darstellen, wenn sie ihre Produkte gemeinsam verkaufen.

In unserem Antrag geht es darum, einen viel zu lange vernachlässigten Markt, nämlich den der Großküchen und Kantinen, für den Absatz von biologisch produzierten Lebensmitteln zu erschließen. Schätzungsweise werden derzeit nur etwa zwei Prozent des gesamten Umsatzes bei Biolebensmitteln in der Gemeinschaftsverpflegung erzielt.

Immer mehr Menschen greifen bei ihrer Ernährung bewusst zu biologisch erzeugten Produkten – möglichst aus der Region, in der sie leben. Gern würden sie auch in Kantinen und Mensen ein Essen wählen, das diesen Kriterien entspricht. Leider gibt es landesweit nur wenige Großküchen, die auf regionale Biokost setzen. Einige Beispiele sind das Schulessen nach dem Vitalmenüprinzip oder zum Beispiel hier in Schwerin die Waldorfschule. Dabei wird deutschlandweit ein Trend zu immer mehr Biokost in Kantinen deutlich, und das nicht nur bei namhaften Unternehmen wie der Lufthansa, dem Gerling-Konzern oder der Bahlsen KG, auch öffentliche Einrichtungen setzen immer öfter auf ökologische Lebensmittel.

Ein Beispiel ist das Krankenhaus in Herdecke, in dem seit Jahren ausschließlich mit regionalen und Bioprodukten gekocht wird, und das so gut, dass auch umliegende Schulen, Kindergärten und Altenheime beliefert werden und viele Menschen aus der Umgebung zu den Stammgästen des Hauses zählen. Das Essen ist etwas teurer als in Kantinen ohne Bioprodukte, allerdings ist die Nachfrage ungebrochen hoch,

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

was auch damit zusammenhängt, dass es einfach gut schmeckt, denn selbstverständlich werden keine fertigen Soßen, Gewürzmischungen oder Ähnliches verwendet. Hier wird aber deutlich, man kann daher auch nicht einfach dazu auffordern, auf regionale Biolebensmittel umzusteigen, es gehört schon eine logistische Vorarbeit dazu. Zum einen müssen die Mitarbeiter der Großküchen geschult werden, da beispielsweise deutlich mehr frische Lebensmittel verwendet werden,

(Zurufe von Egbert Liskow, CDU,
und Michael Andrejewski, NPD)

zum anderen ist ein kostengünstiger Einkauf vor allem dann möglich, wenn unmittelbar mit den Lieferanten verhandelt wird.

(Tilo Gundlack, SPD: Das ist doch albern. –
Egbert Liskow, CDU: Ökologisch heißt
doch nicht automatisch „bio“.)

Besonders der Zusammenschluss mehrerer Großküchen, die als Abnehmer mit Produzenten verhandeln können, auf der einen Seite und der Zusammenschluss von Anbietern, die ihre Produkte gemeinsam direkt vermarkten, auf der anderen Seite bieten hier eine Chance für Synergieeffekte. Die Großküchen könnten zu einem günstigen Preis kaufen, der dann aber auch ohne Zwischenhändler an die Produzenten fließt.

Daher halten wir eine fachliche Begleitung für eine erfolgreiche Umsetzung des Ziels, mehr Biolebensmittel in Großküchen einzusetzen, für sehr wichtig. Insbesondere die Vernetzung von regionalen Anbietern, aber auch von Großküchen, wird durch eine professionelle Unterstützung von außen entscheidend erleichtert.

(Michael Andrejewski, NPD:
Jeden Tag Veggieday.)

Wir haben in Mecklenburg-Vorpommern den Agrarmarketing Mecklenburg-Vorpommern e. V. Dieser hat mit dem Projekt „VitalMenü“ bereits gezeigt, dass eine Umstellung auch in Kitas und Schulen erfolgreich verlaufen kann. Diese Erfahrungen sollten nun genutzt werden, um auch andere Großküchen bei einer Umstellung zu mehr ökologisch produzierten Lebensmitteln zu unterstützen.

Allerdings wünschen wir uns dabei eine deutlich bessere Unterstützung bei der Vernetzung der Akteure. Es reicht in den meisten Fällen einfach nicht aus zu sagen, okay, ihr wollt Bioprodukte aus der Region, hier ist ein Ordner mit Adressen, die wir für euch herausgesucht haben, setzt euch miteinander in Verbindung. Denn so sieht momentan die Reaktion des Agrarmarketing e. V. aus, wenn sich eine Großküche für das Projekt „VitalMenü“ interessiert.

(Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

Wenn man aber ernsthaft den Anbau von Biolebensmitteln fördern will, muss man bei der Erschließung der Märkte helfen, muss dafür Sorge tragen, dass auch entsprechende Erlöse erzielt werden können.

(Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

Dabei denke ich an Lieferverträge mit Großküchen, die auch und gerade für kleinere Ökobetriebe eine sichere Einnahmemöglichkeit bieten.

(Michael Andrejewski, NPD:
Paradies der Ökozwerge.)

Ich denke aber auch an die Erhöhung der Wertschöpfung, indem die Rohstoffe für die Kantinen küchenfertig vorbereitet werden.

(Udo Pastörs, NPD: Jawohl.)

Zum Beispiel könnten das Gemüse und der Salat schon geputzt und geschnitten sein.

(Tilo Gundlack, SPD: Natürlich!
Klar! Wer soll das denn machen?)

Die entsprechenden Kontakte zwischen Erzeugern und Verbrauchern, also in diesem Fall den Großküchen,

(Tilo Gundlack, SPD: Sie haben doch
überhaupt keine Ahnung, wie das
in den Großküchen abgeht.)

herzustellen und bei der Ausarbeitung der Vertragsbedingungen zu helfen, ist aus meiner Sicht eine Aufgabe, die dem Agrarmarketing e. V. übertragen werden sollte. Hierzu ist eine entsprechende personelle und finanzielle Ausstattung des Vereins zu fördern.

(Udo Pastörs, NPD:
Ach so, da wollen Sie hin!)

Ich höre immer wieder die Behauptung, die Leute würden beim Essen vor allem darauf achten, dass es ihnen schmeckt,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

aber auch, dass es möglichst billig ist. Sicher, das mag für viele ein ausschlaggebendes Argument sein. Die Zahl derer, die sich bewusst ernähren, und derer, denen es weder egal ist, was sie und ihre Familien zu sich nehmen noch unter welchen Bedingungen das Gemüse oder das Fleisch produziert und transportiert wurden, wächst allerdings stetig. Regionale Produkte genießen bei über 50 Prozent der Bevölkerung besonderes Vertrauen.

(Tilo Gundlack, SPD: Reden wir jetzt
über regionale Produkte oder über bio?)

Regionalität spielt daher bei der Auswahl der Lebensmittel eine große Rolle, und man sollte doch zumindest die Wahl haben, wenn man in der Arbeitspause essen geht.

(Michael Andrejewski, NPD:
Zwischen Rosenkohl und Blumenkohl.)

Wie erfolgreich die einzelne Kantine die Nachfrage nach den Biogerichten dann letztendlich steigern kann, hängt auch wieder von der Motivation der einzelnen Betriebe ab, und es wird sicherlich auch in den verschiedenen Einrichtungen variieren. Interessant ist, dass ein durchschnittliches Schulessen in Mecklenburg-Vorpommern zwischen 2,00 Euro und 2,50 Euro kostet. Obwohl nun aber die Vitalmenüs mit regionalen Bioprodukten bei rund 3,50 Euro liegen, wird dieses Menü unter fünf Varianten sogar überdurchschnittlich oft gewählt.

Wir halten einen Anteil von zunächst 20 Prozent an regionalen Bioprodukten für eine kalkulierbare Größe, die einerseits die Betriebe nicht überfordert,

(Tilo Gundlack, SPD:
Wie kommen Sie auf 20 Prozent?
Das haben Sie noch gar nicht gesagt. –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

aber sie dennoch dazu in die Lage versetzen kann, regelmäßig entsprechende Mahlzeiten anzubieten. Wir setzen dabei ausdrücklich auf Vernetzung – Vernetzung der Großküchen untereinander, aber auch der Landwirtschaftsbetriebe, Gärtnereien, Fleischereien und Bäckereien, um echte regionale Wertschöpfungsketten zu etablieren, die dann letztendlich in eine nachhaltige regionale Entwicklung münden. Dieses Instrument wäre ein erster Schritt auf dem Weg zum Aufbau beziehungsweise zur Stärkung von regionalen Wertschöpfungsketten im Bio-bereich, ein erster Schritt hin zu einer regionalen Vermarktungsoffensive.

Klare verlässliche Strukturen sind für alle Beteiligten – die Großküchen auf der einen Seite

(Udo Pastörs, NPD: Transparenz.)

und die Landwirtschaftsbetriebe mit ökologischer Produktion andererseits – von zentraler Bedeutung. Und wenn wir hier von „Region“ sprechen, sollten wir hierbei eine Region vor Augen haben, die die Konsumenten in Berlin, in Hamburg und in Stettin mit den Produzentinnen und Produzenten in Mecklenburg-Vorpommern verbindet.

Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen den Beitrag, den das Land hier leisten könnte,

(Egbert Liskow, CDU:
Wir lassen uns nicht zwingen.)

auch als einen Teil der Agrarwende für Mecklenburg-Vorpommern für diesen prozesshaften Umgang zu einer struktureicheren Agrarwirtschaft im Nordosten. Für uns gilt der Dreisatz „ökologisch, regional, saisonal“. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zurufe von Egbert Liskow, CDU,
und Michael Andrejewski, NPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Dr. Karlowski.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat in Vertretung des Landwirtschaftsministers die Finanzministerin Frau Polzin.

(Heinz Müller, SPD: Frau Backhaus.)

Ministerin Heike Polzin: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wissen Sie, Frau Karlowski, wenn diese Rede jetzt in meine Ressortzuständigkeit gefallen wäre,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Gnade Gott!)

hätte ich mal kurz und knapp mein Redemanuskript beiseitegelegt und die Frage gestellt, ob Sie nicht langsam den Staat überfordern mit Ihren Anforderungen

(Udo Pastörs, NPD: Nicht
Anforderungen, das sind Forderungen.)

und dabei auch mal ganz locker alle Regeln der Marktwirtschaft aushebeln.

(Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Egbert Liskow, CDU: Genau.)

Sie verzerren hier wirklich die Frage, wann setzt sich ein Produkt durch. Da ich aber nicht die Ressortverantwortung habe und mir auch treubleiben möchte, indem ich genau das eins zu eins wiedergebe, was der Minister, der noch krank zuhause liegt, denkt,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

werde ich noch mal die Rolle der Bedeutung aus Sicht der Landesregierung vortragen und gehe davon aus, dass Wiederholen und Festigen nicht schaden kann.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bevor ich auf den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingehe, möchte ich zu Beginn Folgendes nochmals betonen. Ich habe es oft ausgeführt und werde dies auch heute wieder tun. Der ökologische Landbau genießt in der Agrarpolitik der Landesregierung einen hohen Stellenwert, der explizit in den Koalitionsvereinbarungen der Landesregierung benannt und damit verankert ist. Dieser Stellenwert ergibt sich insbesondere aus den hohen Tierschutz- und Umweltaanforderungen der ökologischen Wirtschaftsweise, denn der ökologische Landbau trägt unter anderem zum Erhalt der Artenvielfalt bei, er wirkt sich positiv auf die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie aus, er ist klimaschonend, er hat hohe Anforderungen an Standards in der Tierhaltung.

Seit dem Jahr 98 können wir einen Flächenzuwachs von circa 40.000 Hektar im Ökolandbau in M-V konstatieren. Die Zahl der biozertifizierten Unternehmen insgesamt – das sind Landwirtschaftsbetriebe, Verarbeiter, Händler, Futtermittelbetriebe – hat sich um mehr als 600 auf insgesamt 1.087 erhöht. Hatten wir 1998 noch 26 Verarbeitungsbetriebe, so sind es heute 229. Dies alles ist Ergebnis stabiler Rahmenbedingungen. Doch wenn wir über die Zukunft der Biobranche reden, müssen wir uns von romantischen Verklärungen lösen und schauen, wie die aktuelle Situation ist.

(Beifall Egbert Liskow, CDU)

In M-V sind mit Stand 01.12.2013 1.087 Betriebe der Land- und Ernährungswirtschaft entsprechend der EG-Ökoverordnung zertifiziert. 815 landwirtschaftliche Unternehmen bewirtschaften circa 126.200 Hektar beziehungsweise 9,4 Prozent Landwirtschaftsfläche ökologisch – 9,4 Prozent, gemessen an der gesamten Landwirtschaftsfläche! Zum Vergleich: Der Bundesdurchschnitt lag Ende 2012 bei circa 6,2 Prozent. Wir

sind also, meine ich, ganz gut im Rennen auf hohem Niveau.

Auch der Biomarkt in Deutschland konnte 2013 ein Umsatzplus von 7,2 Prozent verzeichnen und erreichte ein Marktvolumen von insgesamt 7,55 Milliarden. 2012 waren es noch 7,04 Milliarden Euro. Bio ist also nach wie vor ein Wachstumsmarkt. Doch wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, dass das Wachstum an Geschwindigkeit verliert. Für M-V ergibt sich ein Flächenzuwachs von circa 2.500 Hektar im Jahr 2012 ...

(Unruhe bei Stefanie Drese, SPD,
und Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Wer ist schon lange tot?

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

Doch nicht bei bio?!

(Zuruf aus dem Plenum:
Nein, durch bio! –
allgemeine Heiterkeit)

Da leg ich jetzt hier aber Wert drauf, Herr Fraktionsvorsitzender.

... und circa 1.500 Hektar im Jahr 2013. Im Kalenderjahr 2011 gab es noch ein Plus von 27 Betrieben, die auf die ökologische Wirtschaftsweise umgestellt haben. 2012 lag das Plus nur noch bei 7 und 2013 bei 4 Betrieben.

Ein wichtiger Faktor für erfolgreiches ökologisches Wirtschaften sind selbstverständlich angemessene Erzeugerpreise. Doch ökologische Erzeugnisse erfordern aufgrund der höheren Anforderungen im Rahmen der ökologischen Wirtschaftsweise im Vergleich zum konventionellen Landbau höhere Marktpreise.

Ich fordere den Handel nochmals eindringlich auf, die Honorierung der Mehrleistungen der Ökolandwirte vorzunehmen und diese auch an die Ökolandwirte weiterzugeben. Es bedarf zum einen endlich fairer Partnerschaften zwischen Landwirtschaft und dem Lebensmitteleinzelhandel in der Praxis, zum anderen bedarf es einer stärkeren Vermittlung der Leistungen der Landwirtschaft beim Produktkauf, die über entsprechende Marketingkonzepte den Verbrauchern vermittelt werden sollten.

Ziel der Landesregierung ist es, auch in Zukunft durch einen Komplex von verschiedenen Maßnahmen günstige Rahmenbedingungen für eine positive Entwicklung der ökologisch zertifizierten Betriebe der Land- und Ernährungswirtschaft zu schaffen. Bis 2020 sollen 150.000 Hektar der landwirtschaftlichen Flächen ökologisch bewirtschaftet werden.

Unter dem Titel „Öko-Kompetenz Mecklenburg-Vorpommern 2020“ wird derzeit im Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz die Strategie für die ökologische Land- und Ernährungswirtschaft überarbeitet. Ziel ist es, die Rahmenbedingungen für weitere Entwicklungen des ökologischen Landbaus in Mecklenburg-Vorpommern für die neue Förderperiode zu optimieren. Schwerpunkte der Strategie sind unter anderem folgende Themen:

– Nachhaltige Förderung des ökologischen Landbaus

Ab 2015 sind eine Anhebung der Förderbeträge pro Hektar getrennt für Neueinsteiger und Beibehalter sowie umfassende Kombinationsmöglichkeiten mit anderen Förderprogrammen der Agrarumwelt- und Klimaschutzmaßnahmen vorgesehen.

(Vizepräsidentin Regine Lück
übernimmt den Vorsitz.)

Neueinsteiger sollen zukünftig 210 statt 150 und Beibehalter 180 statt 150 Euro je Hektar erhalten. Allein für die Förderung des ökologischen Landbaus ist eine Erhöhung des Förderbudgets von 135 Millionen auf 168 Millionen Euro vorgesehen. In der neuen Förderperiode wird es über die Förderung der ökologischen Wirtschaftsweise hinaus Kombinationsmöglichkeiten zu anderen Agrarumweltprogrammen geben.

– Auch in Zukunft soll und wird der Ökolandbau eine bedeutende Stellung im Agrarinvestitionsförderprogramm haben und ein Zuschuss von bis zu 40 Prozent Premiumförderung gewährt werden.

– Bei der Vergabe von Landesflächen wird der Besatz an Arbeitskräften stark berücksichtigt und besitzt bei der Vergabe eine hohe Bedeutung, gerade bei Landesflächen.

– Bei der Vermarktung wird es eine weitere Unterstützung der BIOFACH und sonstiger Fachmessen durch das Land geben. Wesentlich ist die weitere Vernetzung zwischen der heimischen Landwirtschaft und der Gastronomie. Wir unterstützen zum Beispiel die Initiative „ländlichfein“.

– Es wird eine Ausweitung des Fortbildungsangebotes im Land geben. Zum 1. Januar 2014 ist die Fortbildungsprüfungsordnung „Geprüfter Fachagrarwirt ökologischer Landbau“ in Kraft getreten.

– Erweiterung des Angebots im Forschungsbereich

2014 soll mit der Arbeit in einem Netzwerk für ökologischen Landbau begonnen werden. Aufgaben des Netzwerkes sind der Aufbau einer themenspezifischen Vernetzung. Erzeugung, Verarbeitung, Vermarktung und Tourismus sind hier angesprochen. Forschungseinrichtungen, Verbände und Betriebe der Land- und Ernährungswirtschaft sind an Bord.

Grundsätzlich orientiert das Haus des Ministers damit auf Rahmenbedingungen, die der Wirtschaft helfen, sich unter marktwirtschaftlichen Gegebenheiten nachhaltig zu etablieren und Vermarktungswege beziehungsweise Absatzchancen zu sichern und möglichst weiter aufzubauen. Dazu gehört die Förderung im landwirtschaftlichen Bereich, im Verarbeitungsbereich, unter anderem die Unterstützung des Baus einer Biomolkerei und einer Biofuttermühle sowie die Unterstützung von Vermarktungskonzeptionen und so weiter.

Im Rahmen der vorgenannten Arbeiten zur Strategie des ökologischen Landbaus besitzt die Ausgestaltung der Rahmenbedingungen für den Absatz ökologischer Produkte eine wichtige Bedeutung. Ihr Ansatz, einen Produktanteil aus regionaler Biolandwirtschaft in öffentlichen Kantinen anzubieten, ist das Bestreben des Minis-

ters seit vielen Jahren. Instrumente wie Beratungen und Schulungen zur Biozertifizierung, Informationsmaterialien, zum Beispiel zur Preisgestaltung oder zur Förderung von Beispielkonzepten werden bereitgehalten und angeboten.

Der Minister weist aber auch ausdrücklich darauf hin, dass es mit ihm keine verbindlichen Vorgaben geben wird. Vielmehr stellt er auf die Umsetzung der Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung für die Betriebskantinenverpflegung ab, die unter anderem zum Einsatz von ökologischen Erzeugnissen mitteilt: „Da der ökologische Landbau eine besonders nachhaltige Form der Landbewirtschaftung darstellt, ist die Verwendung von pflanzlichen und tierischen Lebensmitteln aus ökologischer Erzeugung empfehlenswert.“

Der BBL Mecklenburg-Vorpommern wird in seiner Eigenschaft als Verpächter der Behördenkantinen entsprechende Passagen zur Förderung der regionalen Bio-landwirtschaft aufnehmen, sofern dies auch von der jeweiligen Behörde und ihrer im Mitbestimmungsverfahren nach dem Landespersonalvertretungsgesetz zu beteiligenden Personalvertretung unterstützt wird. Einen direkten Eingriff in den Markt durch eine finanzielle Förderung des Einsatzes von Produkten des ökologischen Landbaus lehnt der Minister jedoch ab.

Wie ausgeführt, fördert das Land nachhaltig und großzügig die Erzeugung von Produkten des ökologischen Landbaus, um diese besonders umwelt- und naturschutzgerechte Agrarproduktion in ihrer Entwicklung gegenüber der konventionellen Landwirtschaft zu stärken. Letztendlich müssen sich aber auch die Erzeuger und Verarbeiter von ökologisch erzeugten Produkten am Markt durchsetzen. Es ist ihre Aufgabe, ihre potenziellen Kunden von den Vorzügen ihrer Produkte zu überzeugen. – Ich bedanke mich bei Ihnen für die Aufmerksamkeit und dafür, dass Sie mich drei Tage in fremdem Ressort mit Toleranz ertragen haben. Ich habe sehr viel dazugelernt und bedanke mich.

(Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Stefanie Drese, SPD: Hast du gut gemacht. –
Heinz Müller, SPD: Gut gemacht,
Frau Backhaus.)

Vizepräsidentin Regine Lück: Danke, Frau Ministerin.

Jetzt hat das Wort die Abgeordnete Frau Schlupp. Bitte schön, Frau Vizepräsidentin.

Beate Schlupp, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann es kurz machen. Meine Fraktion wird diesen Antrag ablehnen, nicht, weil er von den GRÜNEN kommt, sondern weil er a) oberflächlich ist, b) die Begründung vor Unterstellungen strotzt, die sich im Lichte der Praxis so nicht bestätigen lassen, und weil er an der Lebenswirklichkeit in Mecklenburg-Vorpommern vorbeigeht.

Ich will das auch kurz begründen. Beispielweise zeigt sich die Oberflächlichkeit darin, dass Sie alle öffentlichen Kantinen in einen Topf packen, ohne sich vorzustellen, dass möglicherweise Krankenhäuser über Pflegesätze wesentlich unflexibler reagieren können als Kantinen von Landesbehörden.

Er strotzt vor Unterstellungen, weil er Anbietern unterstellt, dass sie nicht in der Lage sind, das Angebot entsprechend den Wünschen ihrer Konsumenten auszurichten. Er strotzt vor Unterstellungen, weil offensichtlich aus Sicht der GRÜNEN Erzeugergemeinschaften nicht in der Lage sind, einen solchen wichtigen Absatzmarkt überhaupt zu erkennen, und er strotzt auch vor Unterstellungen, weil die GRÜNEN vermuten, dass es in den Kantinen keine qualifizierten Kräfte gibt, die wissen, wie man mit frischen Produkten umgeht, beziehungsweise in der Lage sind, möglicherweise nicht so qualifizierte Kräfte darin unterweisen zu können, wie man frische Produkte verarbeitet.

Von daher kann ich Ihnen nur empfehlen, legen Sie diesen Antrag beiseite, suchen Sie das Gespräch mit den vielen von diesem Prozess Betroffenen.

(Egbert Liskow, CDU: Kommen
Sie in die Wirklichkeit zurück. –
Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Raus aus der Parallelwelt.)

Lassen Sie sich von ihnen erklären, unter welchen Bedingungen sie welche Entscheidungen wie treffen. Und wenn Sie dann nach diesen Gesprächen einen fachlich fundierten Antrag hier in den Landtag einbringen, dann werden wir uns auch fachlich damit auseinandersetzen. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat nun der Abgeordnete Professor Dr. Tack von der Fraktion DIE LINKE.

Dr. Fritz Tack, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Im vorliegenden Antrag wird richtigerweise davon ausgegangen, dass eine langfristige und gute Perspektive für Biobetriebe in Mecklenburg-Vorpommern im Zusammenhang mit dem Absatz der Produkte steht. Aber dieser grundlegende Zusammenhang zwischen der Produktion und dem Absatz gilt nicht nur für die Biobranche, er gilt für alle warenproduzierenden Formen und Bereiche.

Ebenso haben wir eine grundsätzliche Übereinstimmung darin, dass regionale Kreisläufe, die zu einer erweiterten Produktion und zu einem höheren Verbrauch und damit zu einer größeren Wertschöpfung und zu mehr gut bezahlter Arbeit – auch das muss man mal hervorheben – in einer Region führen, eine positive Gesamtwirkung haben. Dabei, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, haben wir nicht nur Bioprodukte im Blickfeld, auch die erneuerbaren Energien und die nachwachsenden Rohstoffe gehören unter anderem mit dazu.

Insbesondere sehen wir die Notwendigkeit, die gesamte regionale Landwirtschaft und ihren Anteil an regionalen Veredelungen, das heißt unter anderem auch die Verarbeitung zu Lebensmitteln, zu betrachten. Ich möchte an dieser Stelle einen kurzen Blick auf die Entwicklung des ökologischen Landbaus – Frau Ministerin Polzin hat das schon sehr ausführlich getan – in unserem Lande werfen, weil das für die Bewertung des Antrages von Bedeutung ist.

Die statistischen Ergebnisse gehen zwar von einem immer langsameren Wachstum des besonders geförder-

ten ökologischen Landbaus aus, jedoch wird den Betrieben eine zunehmende Stabilisierung bescheinigt. Und das, finde ich, ist gut. Die Förderung des ökologischen Landbaus hat langfristig dafür gesorgt, dass in den benachteiligten Gebieten mit geringer Bodengüte und geringer Bodenfruchtbarkeit und/oder klimatischen Einschränkungen überhaupt flächendeckend eine Landwirtschaft betrieben werden kann. Dafür kann man den Bauern auch nur danken.

(Beifall Detlef Müller, SPD, und
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

Das hat in der Praxis meist weniger mit Überzeugung der Betreiber zu tun als mit der richtigen Wahl der für die jeweiligen Gebiete geeigneten Bewirtschaftungsrichtungen. Über die bisherigen und die künftigen Förderungen haben wir bereits etwas gehört. Ich will darauf nicht mehr eingehen.

Jedoch muss und will ich mich kurz auf die Produktionsstruktur dieser Betriebe konzentrieren. Diese ist logischerweise durch die natürlichen Möglichkeiten, durch die natürlichen Produktionsbedingungen, geprägt, was zum Beispiel heißt, etwas lax gesagt, dass wir auf Niedermoorgrünland keine Möhren anbauen können. Daher sind die Hauptprodukte bei uns im Lande der Roggen und das Rindfleisch. Das hat wiederum zur Folge, dass der Arbeitskräftebesatz, der Arbeitskräfteeinsatz relativ gering ist.

So ist es zu erklären, dass in den Ökobetrieben in unserem Lande im Durchschnitt nur 3,0 Arbeitskräfte pro 100 Hektar tätig sind, während es im Durchschnitt aller Betriebe 5,4 sind. Die Ökobetriebe haben aber immerhin – und das mögen wir uns einmal vor Augen führen – eine Durchschnittsgröße von 165 Hektar in unserem Lande. Vielleicht ist auch dies eine Besonderheit, die wir in Mecklenburg-Vorpommern haben.

Über Absatzschwierigkeiten bei Bioroggen und Biorindfleisch habe ich bereits bei unserem Antrag „Ökolandbau in Mecklenburg-Vorpommern erhalten und zukunftsfähig weiterentwickeln“ vor fast genau einem Jahr an dieser Stelle gesprochen. Dabei ging es uns um die Verstärkung der Forschungstätigkeit auf dem Gebiet des ökologischen Landbaus mit dem Ziel der nachhaltigen Produktivitäts- und Produktionssteigerung sowie um die Entwicklung regionaler Verarbeitung und Vermarktung und die zuverlässige Förderung der Betriebe. Das will ich an dieser Stelle auch nicht weiter vertiefen, aber darauf hinweisen, dass in den Sortimenten, die Kantinen benötigen, nach meinem Wissen keine Absatzprobleme herrschen.

Es gibt aber ohne die hier vorgesehene Ermunterung für Kantinen ein Angebotsproblem. Das besteht meiner Auffassung nach darin, dass die hiesigen Biobetriebe die schon bestehenden Anforderungen des Handels nicht ausreichend abdecken können, denn der Anteil der Importware wächst ständig.

Mit dem heutigen Antrag liegt uns nun ein Auszug aus dem Aktionsprogramm „Ökolandbau“ der GRÜNEN vor. Hier werden die bekannten Forderungen aufgemacht. Bis 2020 sollen 20 Prozent der Flächen ökologisch bewirtschaftet werden, 20 Prozent der Agrarforschungsmittel sollen für den ökologischen Landbau genutzt werden, und man hält besagte 20 Prozent Bioanteil in der sogenannten Gemeinschaftsverpflegung für machbar.

Spätestens seit 2002, dem Beginn der Amtszeit der früheren Verbraucherschutzministerin Renate Künast, gibt es im Rahmen des Bundesprogramms „Ökologischer Landbau“ das Bestreben, unter anderem Restaurants und Großküchen zum vermehrten Einsatz von Bioprodukten zu ermuntern. In Berlin wurde 2006 das Ziel der Lokalen Agenda 21, bis 2015 in öffentlichen Einrichtungen mindestens 15 Prozent und bis 2030 mindestens 30 Prozent ökologisch erzeugte Lebensmittel zu verwenden, vom Abgeordnetenhaus beschlossen. Wie ist dort der Stand? Eine positive Interpretation des bisher erreichten Standes könnte sein, dass man sich immer noch am Anfang befindet.

Meiner Erinnerung nach gab es in der Vergangenheit im Lande bereits Versuche, in Universitätsmensen – ich kenne das selbst aus Rostock – verstärkt Bioessen anzubieten. Dieses Vorhaben wurde aber relativ schnell wegen mangelnder Nachfrage eingestellt. Es ist also ein sehr schwieriger Prozess, der sich aus meiner Sicht nicht staatlich verordnen lässt, sondern dieses muss wachsen. Am Ende zeigt der Verbraucher an der Kasse der Kantine, ob er bereit ist, mehr für das Essen auszugeben. Denn auch das wissen wir, dass Biozutaten bis zu 300 Prozent teurer als herkömmliche Ware sein können.

Vielleicht wäre es interessant, die in Schleswig-Holstein unter dem grünen Umweltminister Dr. Robert Habeck seit 2013 laufende Kampagne „10 % kann JedeR“ genau zu verfolgen. Dort soll über eine breite Öffentlichkeitsarbeit erreicht werden, dass unter anderem auch in der Gemeinschaftsverpflegung 10 Prozent des Angebotes – und jetzt bitte aufpassen – aus regionalen oder Bioprodukten beziehungsweise fair gehandelten Produkten bestehen soll. Offenbar weiß man dort, dass die Änderung von Verbrauchergewohnheiten und Angeboten bis hin zur Produktion und Verarbeitung ein Weg vieler kleiner Schritte ist, der nicht nur auf Bioprodukte eingengt werden darf.

Nun ist unser Land auch mit seiner geografischen und demografischen Situation nicht gerade der Idealfall für regionale Kreisläufe, um es vorsichtig auszudrücken: Dünne Besiedlung, geringe Einkommen, fehlende Verarbeitungsstrukturen, die Ausrichtung der Landwirtschaft auf wenige Sortimente sind nur einige Punkte, die man hier nennen muss.

Umso mehr Anstrengungen müssen aus Sicht meiner Fraktion unternommen werden, regionale Kreisläufe geeignet zu befördern. Dem dienen bisher auch Fördermaßnahmen im Lande, unter anderem die in der vergangenen Periode aufgelegte Förderung von Maßnahmen zur Strukturverbesserung mit einem Volumen von fast 25 Millionen Euro oder Maßnahmen zur Absatzförderung über den Agrarmarketingverein Mecklenburg-Vorpommern e. V.

Diese müssen aus unserer Sicht in der kommenden Periode weitergeführt und verstärkt werden, und darüber muss mit den richtigen Partnern beraten werden. Deshalb wird der Agrarausschuss demnächst ein Treffen mit dem Agrarmarketingverein durchführen, bei dem es sicher Gelegenheit gibt, eine realistische und zielführende Unterstützung regionaler Kreisläufe in der Ernährungswirtschaft zu diskutieren. Bringen wir uns in die Erarbeitung des auch bereits angesprochenen entsprechenden Strategiepapiers mit ein.

Wir halten, liebe Kollegen von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den vorliegenden Antrag nicht für zielführend, aber Sie sollten wissen, wir sind für regionale Produkte. Und dafür werden wir uns weiter einsetzen. Wir werden uns zu diesem Antrag der Stimme enthalten. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Krüger von der Fraktion der SPD.

Thomas Krüger, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Kollegin Gajek hat gestern gesagt, dass sie es gern gehabt hätte, dass bei der Rede zum Stand der Deutschen Einheit ein Ostdeutscher gesprochen hätte. Ich glaube, dass es auch bei dieser Rede interessant ist, das auch aus ostdeutscher Sicht zu betrachten.

Aber lassen Sie mich einfach mal mit den Dingen anfangen, wo wir Konsens haben. Ich glaube, das ist immer schön, dass wir auch wissen, dass es Dinge gibt, die uns vereinen. Sie schütteln jetzt schon mit dem Kopf, Sie wissen doch gar nicht, was ich gesagt habe, Frau Dr. Karlowski.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Vorsorglich –
Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wir freuen uns darauf. –
Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Momentan gehen viele Bioprodukte nach Hamburg und Berlin. Richtig ist: Schön wäre es, wenn wir die Bioprodukte hier in Mecklenburg-Vorpommern verkaufen könnten, wenn wir die Bioprodukte hier in Mecklenburg-Vorpommern absetzen, wenn die Menschen hier mehr Bio kaufen würden. Darin sind wir uns einig. Es wäre schön, wenn die Produkte mehr regional angeboten werden. Da geht es ja nicht nur um Bioprodukte, auch das wäre wichtig. Und richtig: Auch wir würden begrüßen, wenn die Bioprodukte in Großküchen verarbeitet werden würden und der Anteil dort steigen würde.

Soweit, meine Damen und Herren, sind wir uns einig. Das, finde ich, ist auch ein wichtiger Punkt, das einmal herauszustellen.

Dann lassen Sie uns mal in Ihren Antrag reingucken. Erst habe ich etwas zum Schmunzeln gefunden, das will ich hier keinem vorenthalten. Sie schreiben hier von den „öffentlichen Kantinen des Landes“ und haben dann in Klammern die „Strafanstalten“ gesetzt.

(Beifall Tilo Gundlack, SPD –
Tilo Gundlack, SPD, und
Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Jawohl.)

Ich glaube, wenn die Strafanstalten die öffentlichen Kantinen machen, gibt es sehr viele Fans in den Strafanstalten für die GRÜNEN, die sich dann aber sehr schnell verflüchtigen würden. Ich glaube, das meinen Sie so nicht, aber das will ich einfach mal dahingestellt sein lassen.

Dann schreiben Sie, ich will Ihren Antrag ja wörtlich nehmen, von den „Großküchen des Landes“. Das Land selbst betreibt keine Großküchen, das wissen Sie. Maxi-

mal werden sie durch den BBL vergeben und haben einen Betreiber. So genau müssen wir es dann vielleicht doch schon mal nehmen.

Dann schreiben Sie davon, dass die Betreiber ermutigt werden sollen, einen Bioanteil von 20 Prozent zu realisieren. Da frage ich mich: Wie sollen sie ermutigt werden? Gibt es einen Brief? Machen wir Radiospots? Machen wir Zeitungsanzeigen?

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Das steht ja hier.
Schauen Sie in den Antrag!)

Ich weiß es nicht. Vielleicht können Sie dazu noch einmal ein paar Ausführungen machen.

Im dritten Punkt schreiben Sie, dass sie gezielt angesprochen werden sollen. Da frage ich mich: Wer spricht die Kantinenbetreiber gezielt an? Da muss es ja jemanden geben. Wer macht das, vielleicht der Minister, vielleicht jeden Tag eine, vielleicht nimmt er sich den Ministerpräsidenten mit, dann kommt man vielleicht auf 500 im Jahr – alles interessante Punkte.

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im zweiten Punkt sagen Sie, dass die Landesregierung den Umstellungsprozess auf Bioprodukte fachlich aktiv begleiten soll. Ja, auch hier habe ich Sie nicht wirklich verstanden. Sie schreiben dann zur fachlichen Begleitung in Ihrer Begründung: „Unter Umständen ist auch ein entsprechend qualifiziertes Personal in den Kantinen erforderlich, da verstärkt frische Produkte verarbeitet werden.“

(Tilo Gundlack, SPD: Was für ein Blödsinn!)

Da geht es um fachliche Begleitung. Eben hat Kollege Gundlack von „Blödsinn“ gesprochen, erst hat er von „albern“ gesprochen.

(Tilo Gundlack, SPD:
Ausgebildete Köche sind das.)

Der Kollege Gundlack ist Koch. Ich glaube, der kann das einschätzen.

(Zuruf von Jürgen Suhr,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich weiß auch nicht, wie die qualifizierte Begleitung des Personals durch die Landesregierung erfolgen soll. Soll die Landesregierung zeigen, wie man Möhren schnippelt? Ich weiß es nicht. Ich habe das alles nicht so wirklich verstanden.

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und dann frage ich mich: Wir haben auch als Landtag Mecklenburg-Vorpommern eine Kantine. Vor Kurzem ist diese Kantine an einen neuen Betreiber vergeben worden. Da frage ich mich, im Ältestenrat war das ja Diskussion: Haben BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN darauf hingewirkt, dass es da einen entsprechenden Bioanteil gibt? Ich habe mich erkundigt: nein. Ich habe mich erkundigt: nein. Es ist mir von meinem PGF gesagt worden: nein.

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Bei wem haben Sie sich denn erkundigt?)

Nein, es ging nicht um Bioanteil. Es ging um regionale Produkte, das muss man sagen.

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Es geht nicht darum? Natürlich.
Genau darum, um Bioprodukte.)

Bioprodukte, hat er mir ausdrücklich gesagt: nein.

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Wer er?)

Kollege Müller. Ich kann Ihnen das nur so sagen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das habe ich
anders in Erinnerung, Herr Krüger. –
Zuruf von Ulrike Berger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn das anders war, muss ich das hier zurücknehmen.
In der Tat, Kollege Müller hat mich so informiert.

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Der hat wahrscheinlich
schon Gedächtnislücken. –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Ich kann Ihnen nur das sagen, was mir der Kollege Müller gesagt hat.

Aber, meine Damen und Herren, lassen Sie uns mal das Ganze ernsthaft betrachten.

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie erwarten von der Politik das, was die Bioverbände offenbar nicht hinbekommen. Das ist doch die Realität. Sie haben da mehr Erwartungen als das, was am Ende in der Realität passiert. In der Realität müssten sich die Verbände mit den Kantinenbetreibern an einen Tisch setzen und den Absatz organisieren. Sie erwarten, dass wir den Einfluss direkt auf die Kantinenbesitzer nehmen. Da sage ich Ihnen ganz klar: Nein, es ist nicht unsere Aufgabe.

Und, Frau Dr. Karlowski, ich habe erlebt, wie staatlich organisiertes Kantinenessen funktionierte. Ich sage Ihnen ganz klar: Nein, dahin will ich nicht zurück, dahin will ich nicht zurück.

(Heiterkeit bei Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Ich auch nicht. Ich auch nicht! –
Zurufe von Peter Ritter, DIE LINKE,
und Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Aufgabe, die Sie hier beschreiben, müssen die Bioverbände leisten. Die Produkte, die zwischen den Beteiligten ausgehandelt werden, müssen sich dann am Markt, nämlich in der Kantine, auch behaupten. Ich glaube, die Kantinenbetreiber selbst kennen die Klientel, die sie besucht, ganz gut. Und ich bin mir ganz sicher, dass so ein Biogericht durchaus auch ein Standortvorteil für eine Kantine sein kann, weil das wirklich etwas Attraktives ist. Die Frage ist nur: Müssen

wir als Staat das herrichten, oder muss das am Markt zwischen den Verbrauchern, den Kantinenbetreibern und beispielsweise den Bioverbänden ausgehandelt werden?

Sehr geehrte Frau Dr. Karlowski, wir haben hier das zweite Mal einen Antrag vorliegen, der genau die gleiche Tendenz hat, nämlich, dass wir als Staat den Absatz der Bioprodukte forcieren sollen. Da ging es einmal darum, dass in den Supermärkten mehr bio angeboten wird, dass wir als Land das organisieren sollen. Jetzt geht es darum, dass wir die Ermutigung forcieren sollen, dass 20 Prozent bio in den Kantinen angeboten wird.

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da sage ich Ihnen ganz klar: nein. Ich habe erlebt, wie das ist, wenn der Staat versucht, so den Absatz mit zu organisieren.

(Egbert Liskow, CDU:
Haben wir alles schon erlebt.)

Ich glaube, das hat nicht wirklich funktioniert. Wir fördern bei der Urproduktion – das ist richtig, das hat Frau Ministerin eben gerade auch noch einmal deutlich gemacht –, und wir fördern künftig deutlich mehr in der Urproduktion. Auch das ist richtig, das ist gut. Alles andere ist eine Sache zwischen den Anbietern und den Konsumenten.

Ich frage mich denn auch: Wo fangen wir mit der Werbung an, wenn wir wirklich auf Ihren Antrag eingehen würden, und wo hören wir auf? Mir ist zum Beispiel der Leguminosenanbau sehr wichtig. Das wissen wir, da haben wir gemeinsam ja auch eine Initiative gestartet. Es gibt jetzt aus Leguminosen hergestelltes Eis. Ist das auch etwas, wofür wir jetzt als Land Mecklenburg-Vorpommern werben und sagen, Leute, kauft dieses aus Leguminosen hergestellte Eis und dann gibt es die Leberwurst dazu und so weiter und so weiter.

(Egbert Liskow, CDU: Leberkäse.)

Ich glaube, das ist nicht richtig. Ich glaube, dafür gibt es Verbände. Die Verbände sollten das machen.

Ich will Ihnen mal von einem Erlebnis erzählen, deswegen sagte ich eingangs DDR-Erlebnis, ein Erlebnis, was ich – ich glaube, das war Mitte der 80er-Jahre – in der DDR hatte. In Malchin gibt es die drei K, die kennt jeder in Malchin: Das sind die Kirche, die Kaufhalle, das Kino. Die Kaufhalle steht inzwischen nicht mehr. Aber in die damals dort stehende Kaufhalle bin ich reingegangen und wollte etwas kaufen. Damals hat man – ich glaube, im besten Willen – auch Dinge organisiert, aber die Dinge sind so organisiert worden, dass es nicht hingehauen hat. Man hat sich nicht am Verbraucherverhalten orientiert, sondern daran, bei dem man meinte, was Verbraucherverhalten sein soll.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Die Folge in dieser Kaufhalle war, dass es ein langes Regal gab – von ganz vorne bis ganz hinten – voll mit Marmelade: Rokoma-Marmelade. Ich werde das in meinem Leben nicht vergessen, von ganz vorne bis ganz hinten Rokoma-Marmelade.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: 1,07 Mark.)

1,07 Mark, höre ich hier gerade.

Wissen Sie, ich möchte keine Rokoma-Marmeladenpolitik. Der Verbrauch muss von dem Verbraucher bestimmt werden und nicht vom Staat. Wir haben Verbände, die das organisieren. Ich glaube, da ist es gut aufgehoben, und so soll es auch bleiben. Deswegen werden wir Ihren Antrag ablehnen. – Besten Dank.

(Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Zurufe von Egbert Liskow, CDU,
und Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Pastörs von der Fraktion der NPD.

Udo Pastörs, NPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Grundlage jeden Erfolgs ist natürlich Vertrauen. Ganz besonders im Bereich der Lebensmittel ist dieses Vertrauen zutiefst erschüttert.

Und, Frau Dr. Karlowski, das Pferd von hinten aufzuzäumen, wird nicht funktionieren. Schauen Sie sich doch bitte an, wie attraktiv es ist, gerade mit dem Begriff „bio“ überproportional Rendite erwirtschaften zu können. Das wird sehr, sehr deutlich, wenn Sie den Blick werfen in die kriminellen Strukturen allein innerhalb Europas. Ganz besonders ins Auge sticht da Italien. Aber auch über Malta werden Hunderte von Millionen Umsatz gemacht, obwohl das nicht Bioprodukte sind, die da vermarktet werden, sondern „bio“ nur draufgeklatscht wird.

Ich will Ihnen das mal an einem Beispiel erläutern. Es gibt einen Mann, Stefano Detassis. Dieser Mann soll mit verantwortlich sein für eine der größten Betrügereien im Getreide-, im Biogetreidebereich. Da sind 700.000 Tonnen Getreide gefälscht und dann auch nach Deutschland gekommen. Dieser Mann ist verurteilt worden zu drei Monaten Gefängnis wegen Fälschung von Rechnungen, auf Bewährung ausgesetzt. Dieser Herr soll jetzt auch wieder aktiv sein auf Malta und wiederum in einer Firma, die im Moment in den Fokus der Staatsanwaltschaft geraten ist.

Was will ich damit sagen? Wenn Sie hier mit einem Antrag kommen und wollen Bioprodukte mit staatlichen Geldern gefördert wissen, dann würde ich sagen, der Staat sollte dieses Geld besser in die Kontrolle der Bioprodukte stecken, damit die Bioprodukte marktsicher vom Endverbraucher mehr Akzeptanz finden. Nur das ist der richtige Weg.

Der nächste Punkt. Schauen Sie doch in unser Bundesland, wo wir zum Beispiel im Bereich der Biohennen einen massiven Rückgang der Bestände aus folgendem Grund haben: Hier werden die Bestände insofern immer kleiner, als dass bei Kontrollen aufgefallen ist, dass über 80.000 Legehennen unter Umständen gehalten wurden, die den Ansprüchen der Bioproduktion nicht mehr entsprechen.

Schauen Sie hier in unser Land, dann werden Sie feststellen, dass der Herr Minister jetzt überlegt, inwieweit Kontrolleure von Kontrolleuren kontrolliert werden sollen. Das sind Verhältnisse, denen sollten Sie sich wid-

men. Das sind die Schwachstellen und nicht dem Staat auftragen, er möge doch bitte mitfinanzieren, dass das Gemüse – wie Sie sich ausdrückten – vor- und fertiggeputzt in die Kantinen gelangt, und das dann auch noch subventioniert mit Steuergeldern, wie Sie das ausdrückten. Sie werden nur dann eine Akzeptanz erreichen, wenn die Produkte qualitativ hochwertig produziert werden und wenn der Verbraucher sich darauf verlassen kann, dass diese Produkte auch unter den Rahmenbedingungen produziert wurden, wie es die Vorschriften verlangen.

Der einzige Ansatz, den man hat – und da hätte ich erwartet, dass Sie so einen Antrag einmal stellen –, wäre, wenn Sie bei den unglaublichen Agrarsubventionen angesetzt hätten. Bis zum Jahre 2020 wird die Bundesrepublik Deutschland nicht weniger als 35 Milliarden – 35 Milliarden! – Subventionen an die Agrarbetriebe geben. Wenn Sie hier die Asymmetrie zum Gegenstand Ihrer Forderungen gemacht hätten, dass also die Biobetriebe weit, weit, weit, weit unterrepräsentativ unterstützt werden, hätten wir Ihrem Antrag eventuell zustimmen können.

Noch ein Eingehen auf das, was die Frau Finanzministerin in Vertretung von Herrn Backhaus ausführte. Da hatten Sie, glaube ich, 186 Millionen genannt. Im Moment liegen wir bei 125/130 Millionen. Das ist natürlich schön herauszustellen, Herr Backhaus, aber das ist nichts im Verhältnis zu dem, was konventionell wirtschaftende Landwirte bekommen.

Interessant ist auch noch, zu Ihrer Person – das nur als kleiner Lacher vielleicht oder auch aus Ihrer Sicht nicht gerade als Lacher zu verstehen –, eine Zuschrift, die wir von einem Bauern aus Hessen erhalten haben, der Ihnen attestierte, dass Sie – und dann hat er es ein bisschen verallgemeinert die GRÜNEN, im Plural – „als Diplomwahrnehmungsgestörte“ zu verstehen seien.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD –
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Eh, eh! –
Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Ich zitiere das hier aus der Zuschrift, weil ich zunehmend den Eindruck habe, dass in dieser Bezeichnung sehr, sehr viel Wahrheit liegt.

(Thomas Krüger, SPD:
Eine Beleidigung ist das. –
Michael Andrejewski, NPD:
Nicht nur wahrnehmungsgestört. –
Zurufe von Torsten Koplin, DIE LINKE, und
Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bitte Sie, in Zukunft den Landtag nicht mit solchen Anträgen zu belästigen, weil sie nicht nur substanzlos sind, sondern auch hochpeinlich, Frau Doktor. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD –
Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Was maßen Sie sich an?! –
Zuruf von Ulrike Berger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat nun die Abgeordnete Frau Dr. Karlowski von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist wirklich völlig unlogisch aus Sicht der Regierungskoalition, diesen Antrag abzulehnen.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der NPD –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Schauen Sie sich einmal den Punkt 124 Ihres eigenen Koalitionsvertrages an. Unter Punkt 124 steht: „Die Koalitionspartner wollen den Spitzenplatz in der ökologischen Landwirtschaft in Deutschland behaupten und ausbauen.“

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Aber doch nicht so, mit sozialistischer Marktwirtschaft.)

Aber wenn wir jetzt in der Rede von Frau Ministerin Polzin, die den Sprechzettel von Herrn Dr. Backhaus bekommen hat, hören, es gibt stabile Rahmenbedingungen, so sage ich, diese stabilen Rahmenbedingungen reichen eben nicht aus. Es gibt das Phänomen und die Gefahr der Rückumsteller. Nun haben wir gehört, die Zahl der Ökobetriebe hat im Jahr 2011 um 27 zugenommen, im Jahr 2012 um 7 und im Jahr 2013 um 4 Betriebe. Ja, das ist die eine Seite einer Bilanz. Was hier fehlt in dieser Bilanz, sind die Zahlen, die wir nicht kennen. Das sind die Zahlen der Rückumsteller.

(Egbert Liskow, CDU: Wenn wir sie nicht kennen, wo kommen sie denn dann her?)

Wir brauchen absolute Zahlen über den Anteil der Ökobetriebe im Land.

(Beate Schlupp, CDU: Aber das ist doch nicht Gegenstand Ihres Antrages.)

Hier fehlt der Agrarbericht.

(Thomas Krüger, SPD: Stellen Sie doch mal eine Kleine Anfrage!)

Das ist ein Gegenstand meiner Rede, indem ich auf die Rede der Vorgänger eingehe.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Zum Preis: Der Preis muss weitergegeben werden. Der Preis ist erst einmal in der ökologischen Produktion etwas höher, wird dann durch die Lebensmittelhändler noch weitgehend erhöht.

(Beate Schlupp, CDU: Und das passiert bei den anderen Produkten nicht, oder?)

Dieser Gewinn – das hatten wir aber schon mal in einer anderen Rede – bleibt eben in viel zu geringem Maße bei den Produzenten.

Setzen Sie ein Zeichen, wenn Sie Ihren Koalitionsvertrag ernst nehmen wollen, dass Ihnen wirklich ernsthaft daran gelegen ist, den Ökolandbau zu stärken und auszuweiten. Blicken Sie in Ihren eigenen Koalitionsvertrag! Wenn Sie hier politisch handeln wollen – und das ist ja Ihre Aufgabe –, dann lassen Sie die Betriebe nicht im Regen stehen!

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Die Möglichkeiten, die Sie haben, eine solche Unterstützung in Form einer Ermutigung – so haben wir es ja ausdrücklich im ersten Punkt genannt, eine Ermutigung – zu geben, sind dahin gehend, dass die öffentlichen Kantinen eben einen Anteil von 20 Prozent mit ökologischen und regionalen Produkten anbieten – das ist eine Ermutigung,

(Beate Schlupp, CDU:
Wie soll das aussehen? Sollen wir es schreiben? Sollen wir es singen?)

anders als Herr Habeck das in Schleswig-Holstein macht, dort ist es ja ein Soll. Diese 10 Prozent sind eine ganz andere Packung. Die können wir jetzt hier nicht direkt miteinander vergleichen. Auch ist eine Regierungsposition etwas anderes als eine Oppositionsposition.

(Wolfgang Waldmüller, CDU: So ist es.)

Gut. Was haben wir denn noch?

(Torsten Renz, CDU: Reicht, das reicht. –
Udo Pastörs, NPD: Das Rübchen ist geschält. –
Zuruf von Stefan Köster, NPD)

In der Rede von Frau Polzin für Herrn Backhaus kam deutlich zum Ausdruck: Es ist das Bestreben des Ministers seit vielen Jahren, es ist das Bestreben. Was soll man denn darunter verstehen, es ist das Bestreben? Ich will jetzt mal nicht zu sehr in die Zeugnissprache abrutschen. Sie können sich das schon selber denken. Hier wird nichts Verbindliches versprochen, hier wird nichts Verbindliches unternommen. Es ist nur empfehlenswert in seinen Augen, aber er tut nicht das, was mit Regierungshandeln möglich wäre.

(Wolfgang Waldmüller, CDU:
Haben Sie die Zahlen nicht gehört?)

Hier werden Handlungsstränge vernachlässigt, die aber genau das erfüllen würden, was Sie in Ihrem eigenen Koalitionsvertrag drinstehen haben.

(Beate Schlupp, CDU: Ach, Quatsch! –
Zuruf von der Regierungsbank)

Wir haben keinen Koalitionsvertrag? Das ist ja interessant, was man da von hinten hört.

(Wolfgang Waldmüller, CDU:
Ziehen Sie das Ding zurück
und setzen Sie sich hin, Mann! –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Dann noch ein Wort zu Herrn Krüger, der sich jetzt hier schön in die erste Reihe gesetzt hat. Ich muss schon sagen, Ihre Rede, Ihre Inhalte, Ihre Ziele fallen wirklich noch ganz weit hinter das zurück, was auf dem Sprechzettel von Ihrem eigenen Minister stand.

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Da bin ich wirklich zutiefst enttäuscht, dass Sie nicht mal die Ziele der eigenen Regierung wiedergeben und in Ihrer Rede noch mal zum Ausdruck bringen. Das ist wirklich eine große Enttäuschung, dass Sie diese Ziele nicht noch mal verstärken und zum Ausdruck bringen.

(Unruhe vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Beate Schlupp, CDU: Das ist Ihre
Bewertung. Das ist Ihre Wahrnehmung.)

Ich glaube, im Moment ...

(Egbert Liskow, CDU: Thomas,
geh noch mal nach vorne!)

Da schreibt sich jemand fleißig etwas auf seinen Sprech-
zettel. Da kommt noch mal ein Wort. Dann schaue ich,
ob ich auch noch Minuten übrig habe.

(Beate Schlupp, CDU: Ich hoffe, nicht.)

Und dann geht der Diskurs weiter. – Ich danke für die
Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Egbert Liskow, CDU: Das war
jetzt aber nicht doll hier.)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat nun noch
einmal der Abgeordnete Herr Krüger von der Fraktion der
SPD.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich würde Sie doch
bitten, dass Sie sich jetzt wieder ein bisschen erden und
wir der Debatte noch mal sachlich folgen.

(Egbert Liskow, CDU:
Machen wir immer.)

Bitte, Herr Krüger, Sie haben das Wort.

(Der Abgeordnete Thomas Krüger beginnt
seine Rede bei abgeschaltetem Mikrofon. –
Zurufe aus dem Plenum: Mikro! Mikro!)

Thomas Krüger, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin!
Meine Damen und Herren! Das war ja erst nicht zu hö-
ren, das will ich noch ganz formal machen.

Frau Dr. Karlowski, meinen Sie wirklich, wir behaupten
den Spitzenplatz dadurch, dass wir als Staat eine Ermu-
tigung aussprechen? Sie haben außerdem nicht gesagt,
wie diese Ermutigung aussehen soll. Ich habe ausdrück-
lich darauf hingewiesen, dass wir das nicht wirklich nach-
vollziehen können. Wer soll denn das machen? Wie soll
eine Ermutigung aussehen? Sagen Sie doch mal: Wie
soll das gehen?

(Tilo Gundlack, SPD: Mutig,
mit einer Fahne vorangehen.)

Und was ich auch nicht verstanden habe: Warum ist das
jetzt plötzlich Aufgabe des Staates? Ich habe es nicht
verstanden. Vielleicht, wenn Sie noch eine Minute haben,
erklären Sie es doch noch einmal.

(Zuruf aus dem Plenum:
Nee, lieber nicht.)

Dann sagen Sie, die Rahmenbedingungen reichen nicht
aus. Wissen Sie, wie die Rahmenbedingungen geändert
werden? Wissen Sie, dass die Beihilfen deutlich steigen,
gerade für Ökobetriebe?

Dann sind Sie nicht auf das Argument der Biofachver-
bände eingegangen. Auch das hätte mich mal interes-
siert, weil aus meiner Sicht ist es eine Aufgabe der
Verbände, hier über Absatz zu reden, gemeinsam mit
den Firmen, gemeinsam mit den Kantinenbetreibern.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Wir sind uns ja einig darin, dass es gut wäre, wenn der
Anteil von bio dort erhöht wird. Da sind wir gar nicht so
weit auseinander. Ich sage Ihnen nur, es ist nicht Aufga-
be des Staates, es ist nicht Aufgabe des Landes, es ist
nicht Aufgabe des Ministers, die Ermutigung zu organi-
sieren.

Dann sagen Sie, die Zahl der Rückumsteller ist nicht
bekannt. Es ist hier gar nicht Thema des Antrags, aber
ich will trotzdem mal sagen, wenn Sie die Zahl brau-
chen und die Zahl nicht haben, dann stellen Sie einfach
eine kleine Anfrage dazu. Machen Sie es einfach.

(Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Und wo sind die Agrarberichte? –
Michael Andrejewski, NPD: Dazu
muss man sie erst mal ermutigen.)

Sie haben die Fragestunde des Ministers. Machen Sie
einfach Ihre Aufgaben und dann funktioniert das.

Was Ihre persönliche Wahrnehmung betrifft: Glauben
Sie, ich bin mit Herrn Dr. Backhaus ganz oft zusammen,
und wir diskutieren die Dinge ganz oft, trotzdem sind wir
zwei verschiedene Persönlichkeiten.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der NPD –
Zurufe von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
und Michael Andrejewski, NPD)

Da ist es auch völlig normal, dass der eine an der einen
Stelle die und der andere jene Position hat, wobei ich an
dieser Stelle keine Unterschiede sehe. Das will ich Ihnen
auch ganz klar sagen. – Besten Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Regine Lück: Ich schließe die Aus-
sprache.

(Zurufe vonseiten der Fraktion
der CDU: Oooh! Oooh! –
Egbert Liskow, CDU:
Das ist aber schade jetzt.)

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Frak-
tion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/2739.
Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein
Handzeichen. –

(Wolfgang Waldmüller, CDU:
Noch könnt ihr zurückziehen!)

Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Druck-
sache 6/2739 mit den Stimmen von SPD, CDU und
NPD abgelehnt, bei Zustimmung der Fraktion BÜND-
NIS 90/DIE GRÜNEN und Enthaltung der Fraktion DIE
LINKE.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 27**: Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Bedarf an Pflegefachkräften ermitteln und einheitliche Tarife für die Altenpflege durchsetzen!, Drucksache 6/2758. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/2796 vor.

**Antrag der Fraktion der NPD
Bedarf an Pflegefachkräften
ermitteln und einheitliche Tarife
für die Altenpflege durchsetzen!
– Drucksache 6/2758 –**

**Änderungsantrag der Fraktion der NPD
– Drucksache 6/2796 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Petereit von der Fraktion der NPD.

David Petereit, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zu Beginn meiner Ausführungen möchte ich Sie auf unseren Änderungsantrag hinweisen, welcher unseren Antrag nun rund macht.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ach!)

Wir hätten unseren Ursprungsantrag gern ändern lassen, aber dies sei wohl nicht möglich gewesen. Vielleicht hätte es ja beim Antrag des demokratischen Blocks geklappt. Bei der NPD war es jedenfalls nicht möglich.

Im vergangenen November wollten wir von der Landesregierung wissen, wie hoch der Bedarf an Arbeitskräften im Bereich der Pflege im Jahr 2020 voraussichtlich sein wird. Das Ganze wollten wir differenziert dargestellt nach Gesundheits- und Krankenpflegern sowie Altenpflegern und jeweils unterteilt in Fachkräfte und Helfer. In der Antwort heißt es dann süffisant, dass sich der Bedarf zwar nicht exakt vorhersagen ließe, man jedoch mit einer steigenden Zahl von pflegebedürftigen Menschen bis 2020 rechne und daher voraussichtlich auch der Bedarf an Arbeitskräften im Bereich der Altenpflege steigen werde – eine wahrlich messerscharfe Kombination.

Selbstverständlich lässt sich der Fachkräftebedarf niemals exakt vorhersagen, doch müsste es ohne Weiteres möglich sein, den voraussichtlichen Bedarf zu ermitteln, zumal es sich um einen überschaubaren Zeitraum von sechs Jahren handelt. An anderer Stelle sieht sich beispielsweise das Bildungsministerium in der Lage, einen Lehrerberuf zu prognostizieren. Und selbstredend wird der Pflegebedarf in Mecklenburg-Vorpommern überdurchschnittlich stark ansteigen. Das hat eine Studie der Barmer GEK unlängst ergeben. Während bundesweit bis 2030 von einer Zunahme von 47 Prozent ausgegangen wird, werden es im Nordosten 56,5 Prozent mehr Pflegebedürftige sein. Während sich also eine Krankenkasse in der Lage sieht, Zahlen für einen längeren Zeitraum vorherzusagen, schafft es die Landesregierung nicht einmal, Zahlen für die nächsten Jahre zu prognostizieren. Das ist peinlich.

Und um an der Stelle nachzuhelfen, haben wir den ersten Punkt unseres Antrages formuliert. Die Landesregierung wird also aufgefordert, den voraussichtlichen Bedarf an Pflegekräften im Bereich der Pflege für das Jahr 2020 im engen Zusammenwirken mit den Wohlfahrtsverbänden sowie den Landkreisen und den kreisfreien Städten

zu ermitteln beziehungsweise ermitteln zu lassen. Und damit das nicht erst im Jahr 2021 passiert, wird mit unserem Änderungsantrag die Frist dafür bis Ende dieses Jahres gesetzt.

Der zweite Punkt unseres Antrages lässt sich nur mithilfe einer Initiative im Bundesrat umsetzen. Wie die Landesregierung uns auf Drucksache 6/2140 bestätigte, weist die Bundesagentur für Arbeit in ihren Statistiken Altenpfleger nicht gesondert aus, sondern verbirgt sie mit in der Berufsgruppe Sozialarbeiter und Sozialpfleger. Dies widerspricht nicht nur fachlichen Gesichtspunkten, die derzeitige Erfassungsweise erschwert darüber hinaus richtungsweisendes Handeln für Entscheidungsträger auf der fachlichen und politischen Ebene. Deshalb unsere zweite Forderung, in den Statistiken der Bundesagentur für Arbeit Fachkräfte für den Bereich der Altenpflege nicht nur unter der Berufsgruppe Sozialarbeiter und Sozialpfleger, sondern gesondert auszuweisen.

Kommen wir zum Punkt 3 unseres Antrages. Zitat: „Wenn die Pflege in Mecklenburg-Vorpommern auch künftig gesichert sein soll, müssen Arbeitsbedingungen und Bezahlung für die Beschäftigten stimmen. Qualitativ hochwertige Pflege kann auch im Angesicht der immer älter werdenden Bevölkerung nur mit motivierten und gut ausgebildeten Fachkräften funktionieren“, so der Staatssekretär Voss auf der Mitgliederversammlung des Bundesverbands privater Anbieter sozialer Dienste.

Weiter ist er der Ansicht, dass der „Einsatz ausländischer ... Arbeitnehmer“ zwar „eine von vielen Qualitätssicherungsmöglichkeiten“ sei, allerdings – und nun mal wieder zugehört – könnten diese „nicht die Sicherung von vorhandenen Fachkräften und deren Gewinnung im Land ersetzen“, ein Punkt, der aufgrund der krankhaft fortgeschrittenen Fremdensucht unter Spezialdemokraten unbedingt festgehalten werden muss. Nicht Fachkräfte andernorts abwerben und dort für die nächsten Probleme sorgen, sondern unsere Landsleute vor Ort qualifizieren und damit gleich mehrere Probleme lösen, das muss die Handlungsprämisse sein.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Da die Landesregierung uns auf Nachfrage mitteilte, dass sie es mehr oder weniger nicht als ihre Aufgabe ansieht, die Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer zu verbessern, sondern dies in erster Linie Aufgabe von Arbeitgebern, Betriebsräten und Gewerkschaften sei, wir allerdings eine andere Auffassung vertreten, haben wir den letzten Punkt unseres Antrages formuliert: „Die Landesregierung“ soll unverzüglich Kontakt „zu den Wohlfahrtsverbänden und der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi“ aufnehmen, „mit dem Ziel, nach dem Vorbild des Bundeslandes Bremen Gespräche über einheitliche Tarife für in der Altenpflege Beschäftigte zu initiieren und zu moderieren.“

Dort haben zwar die Wohlfahrtsverbände ver.di aufgefordert, die Tarifverhandlungen mit dem Ziel eines einheitlichen Tarifvertrags aufzunehmen, allerdings stünde es der besten Landesregierung aller Zeiten in Mecklenburg-Vorpommern doch gut zu Gesicht, analog zu Bremen eine Initiative zu Einheitstarifen in der Altenpflege zu starten. Wir glauben nämlich nicht, dass die Wohlfahrtsverbände und ver.di sich von allein auf die Hinterbeine stellen werden. In der Altenpflege gibt es schon jetzt einen Fachkräftemangel, der in der Zukunft noch

größer werden wird. Deshalb werden attraktive Bedingungen für den Beruf gebraucht.

Ich werde nun unseren Antrag gleich zurückziehen, aber nicht deshalb – und das betone ich ausdrücklich –, weil wir nicht hinter seinen Inhalten stehen. Ich bin nur der Ansicht, dass Sie den Antrag ohnehin aus Prinzip ablehnen werden und ich wenig Lust habe, mir nach zwei Tagen Ihres Geseires

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der NPD – Peter Ritter, DIE LINKE: Jetzt ist es aber gut!)

hier auch nur eine Minute mehr als nötig von diesem Geschwafel anzuhören,

(Heinz Müller, SPD: Na, dann geh doch nach Hause!)

sodass ich den Tagesordnungspunkt an der Stelle abkürzen kann, indem ich dem Redner Ihres demokratischen Einheitsbreis das Wort verweigere.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD – Peter Ritter, DIE LINKE: Das kannst du deinen Kameraden an den Kopf werfen, aber nicht hier im Parlament!)

Vizepräsidentin Regine Lück: Herr Petereit, ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf für Ihre Äußerung.

(Michael Andrejewski, NPD: Das wars wert.)

David Petereit, NPD: Betrachten Sie das als Teil der Gesundheitsvorsorge. Hier sitzen bereits genug Pflegefälle. Und wir wollen uns da nicht noch mit einreihen. – Vielen Dank. Ich ziehe meinen Antrag hiermit zurück.

(allgemeine Unruhe – Beifall vonseiten der Fraktion der NPD – Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ihr seid schon lange einer.)

Vizepräsidentin Regine Lück: Im Übrigen möchte ich Ihnen auf den Weg geben, dass Sie bitte künftig solche Unterstellungen unterlassen, dass hier die Fraktionen unterschiedlich behandelt werden.

(Udo Pastörs, NPD: Oh, oh, das wird nicht fruchten bei ihm! Ich kenne ihn, Frau Präsidentin. Also der ist irgendwie schwierig.)

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Er hat doch zurückgezogen. – Stefan Köster, NPD: Der Antrag ist zurückgezogen worden. – Udo Pastörs, NPD: Gnädige Frau, das ist schon zu Ende. – Heiterkeit bei Stefan Köster, NPD)

Ach so, Entschuldigung. Ja, klar. Das habe ich aufgrund der Problematik eben nicht gehört.

(Zuruf von David Petereit, NPD)

Die Bemerkungen aus dem Parlament waren auch sehr laut, sodass das hier nicht zu verstehen war.

Ich erteile Ihnen auch einen zweiten Ordnungsruf für die zweite Bemerkung.

(Udo Pastörs, NPD: Hab ich Ihnen gesagt, der gehorcht Ihnen nicht.)

Und mit diesem zweiten Ordnungsruf mache ich Sie darauf aufmerksam, dass Ihnen bei einem dritten Ordnungsruf das Wort entzogen wird.

(David Petereit, NPD: Ich merke mir das gut. – Zuruf von Heinz Müller, SPD – Stefan Köster, NPD: Ach, Herr Müller!)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 28:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Armut von Kindern und Jugendlichen in Mecklenburg-Vorpommern erfassen, analysieren und bekämpfen – für eine chancengleiche Entwicklung aller Kinder und Jugendlichen, Drucksache 6/2749.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE
Armut von Kindern und Jugendlichen
in Mecklenburg-Vorpommern erfassen,
analysieren und bekämpfen – für eine
chancengleiche Entwicklung aller
Kinder und Jugendlichen
– Drucksache 6/2749 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Bernhardt von der Fraktion DIE LINKE.

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Armut ist in unserer Gesellschaft ein aktuelles Problem, das sich durch alle Alterskohorten zieht und viele Bevölkerungsgruppen trifft – von Kindern, über Erwachsene in prekären Beschäftigungen oder unter Hartz IV bis hin zu SeniorInnen, Menschen mit Behinderungen und MigrantInnen.

Ganz aktuell wurde das erneut für Kinder und Jugendliche festgestellt. Am 11. Januar 2014 erschien der Bericht der Hans-Böckler-Stiftung zur Kinderarmut in Deutschland unter dem Titel „Wie ‚relativ‘ ist Kinderarmut?“. „Als armutsgefährdet“ gilt, wem „weniger als 60 Prozent des mittleren bedarfsgewichteten Einkommens zur Verfügung“ stehen, so heißt es im Bericht. Armut ist relativ und für die Koalitionäre Auslegungssache. Für uns sind die Zahlen eindeutig und alarmierend.

Mecklenburg-Vorpommern ist das Land mit dem größten Anteil an Kinderarmut in Ostdeutschland. Im Bundesvergleich rangiert Mecklenburg-Vorpommern nach Bremen an zweiter Stelle, und das seit Jahren in so einem reichen Land wie der Bundesrepublik Deutschland.

(Heiterkeit und Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Diese unterschiedliche und für Mecklenburg-Vorpommern so nachteilige Entwicklung ist beschämend. Es zeigt, dass wir bei Chancen und Möglichkeiten für Kinder im Bundesvergleich am hinteren Ende liegen.

Mangellagen für armutsgefährdete Familien wirken sich auf Bereiche wie Wohnen, Nahrung, Kleidung, aber auch soziale Aktivitäten aus. In all diesen Bereichen müssen Abstriche gemacht werden. Konkret sind dies zum Beispiel eine schlechte Wohnlage, wenig Wohnfläche und schlechter Wohnzustand wie feuchte Wände. Bei der Nahrung wird zugunsten günstiger, industriell gefertigter Lebensmittel eher auf Ausgewogenheit, gesundes und frisches Essen verzichtet. Auch auf kostenpflichtige soziale Aktivitäten in den Bereichen Sport, Kultur und Musik, welche die Entwicklung der Kinder fördern, muss weitgehend verzichtet werden. Da hilft auch nicht das Bildungs- und Teilhabepaket, das solche Vorhaben nur zu einem Bruchteil finanziert und für das ein aufwendiges Antragsverfahren notwendig ist.

Die finanziell benachteiligten armen und armutsgefährdeten Kinder und Jugendlichen werden von ihren Altersgenossen abgehängt. Dieser Zustand besteht seit Jahren in Mecklenburg-Vorpommern. Seit Jahren sind die Kinderarmutsquoten in Mecklenburg-Vorpommern auf ähnlich schlechtem Niveau. 2005 waren es in Mecklenburg-Vorpommern noch 34,2 Prozent der Kinder, die armutsgefährdet waren. 2009 waren es 32,8 Prozent, 2010 29,9 Prozent, 2011 30,1 Prozent und 2012 33,5 Prozent. 33,5 Prozent der Kinder in Mecklenburg-Vorpommern gelten als armutsgefährdet. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 18,9 Prozent. Mecklenburg-Vorpommern ist überdurchschnittlich von Armut geprägt.

Nun habe ich gerade in der letzten Landtagssitzung von Frau Hesse vernehmen können, dass die eben aufgeführte Studie der Hans-Böckler-Stiftung nur Stichproben von circa 8.000 Befragten in Mecklenburg-Vorpommern enthielte. Ich möchte hier nicht darüber streiten, welche Studie repräsentativ ist und welche nicht. Aber wenn wir im Land Mecklenburg-Vorpommern den Kampf gegen Kinderarmut angehen wollen, dann brauchen wir als Erstes eine Analyse der Istsituation, die nicht infrage gestellt wird. Und als Zweites, da sehe ich als Erstes die Landesregierung in der Pflicht.

Nun werden Sie mir entgegenhalten, dass es 2009 einen Bericht zur Lebenssituation von Haushalten mit Kindern in Mecklenburg-Vorpommern gab. Zum einen ist dieser Bericht fünf Jahre alt. Zum anderen scheint sich die Datenlage der Landesregierung verschlechtert zu haben. Diese Erkenntnis muss sich einem aufdrängen, wenn man sich die Antworten der Landesregierung auf die Kleine Anfrage durchliest. Nach den Antworten der Landesregierung sind „erhöhte Risiken einer Armutsgefährdung im Lebensverlauf von Kindern“ und „Jugendlichen ..., wenn Eltern Langzeitarbeitslose und/oder Alleinerziehende sind, ... Geringverdienerinnen und Geringverdiener sind, in wirtschaftlich schwach entwickelten Regionen leben, über mangelnde Mobilität verfügen ... beziehungsweise einen Migrationshintergrund“ haben. Alles richtig.

Fragt man dann aber konkret nach, erhält man Antworten wie: „Landesspezifische Daten zur Armutsgefährdung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Migrationshintergrund in Mecklenburg-Vorpommern liegen der Landesregierung nicht vor.“ Oder: „Daten für Landkreise und kreisfreie Städte liegen nicht vor“, bezogen auf die konkrete Frage, wie viele Kinder und Jugendliche in den Regionen von Armut betroffen sind. Ich könnte weitere solche Antworten aus der Kleinen Anfrage liefern.

Sie benennen die Risikofaktoren, liebe Landesregierung, ohne aber zu wissen, wer wie davon betroffen ist. Deshalb bleibt nur die Konsequenz, dass wir in unserem Antrag in Punkt 1 niedergeschrieben haben: Legen Sie uns bis Ende des Jahres einen Bericht vor, der die Situation von Kindern und Jugendlichen in Mecklenburg-Vorpommern darstellt. In diesem Bericht sollten die bisher ergriffenen Maßnahmen analysiert und auf ihre Wirksamkeit hin überprüft werden. Denn mit dem 2009 erschienenen Bericht der Landesregierung hatte „die Landesregierung einen umfänglichen Handlungskatalog beschlossen und die entsprechenden Maßnahmen ergriffen“, so berichteten Sie uns, Frau Hesse, in der letzten Landtagssitzung.

Aber die damals ergriffenen Maßnahmen scheinen nicht geholfen zu haben. Das ist jedenfalls die Schlussfolgerung, wenn ich mir die anhaltend hohe Quote von von Armut betroffenen Kindern über die Jahre hinweg anschau. Ich hatte sie vorhin bereits angeführt. Deshalb bleibt die Forderung an die Landesregierung: Wenn wir Kinderarmut offensiv angehen wollen, müssen wir die Ausgangssituation kennen, die bereits getroffenen Maßnahmen auf ihre Wirksamkeit hin überprüfen und Handlungsempfehlungen daraus ableiten.

Aber nicht nur auf Landesebene müssen wir der Kinderarmut begegnen, auch auf Bundesebene müssen wir für Sensibilisierung bei diesem Thema sorgen. Zwar kommt die Bundesfamilienministerin Frau Schwesig aus unserem Bundesland und kennt die Probleme, allerdings konnte ich auf Bundesebene bisher nicht erkennen, dass die Bekämpfung von Kinderarmut zu den Topthemen gehört. Denn schauen wir uns den Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD an. Da steht kein Wort über die Bekämpfung von Kinderarmut. Kinderarmut als solche scheint noch nicht einmal als Problem wahrgenommen zu werden. Dabei sind nach Berechnungen des Deutschen Kinderhilfswerkes derzeit rund 2,8 Millionen Kinder und Jugendliche in Deutschland von Armut betroffen. Keine andere gesellschaftliche Altersgruppe ist so stark von Armut betroffen wie Kinder und Jugendliche.

Da noch nicht einmal das Problem als solches erkannt wird, ist auch nicht damit zu rechnen, dass das Problem mit dem notwendigen Nachdruck angegangen wird. Unsere Landesregierung könnte da Impulsgeber sein, dass der Bund zusammen mit den Ländern konkrete Ziele zur Überwindung von Kinderarmut erarbeitet.

Ebenfalls auf der Bundesebene in einem ersten Schritt werden die Hartz-IV-Regelsätze endlich unter Einbeziehung der tatsächlichen Bedürfnisse von Kindern berechnet werden. Dies ist schon längst überfällig. In solch einen kindergerechten Regelsatz müssten auch die Kosten für eine gesunde Ernährung, Kleidung, Schulbesuch und die Teilnahme an kulturellen Angeboten einbezogen werden, wobei ich einmal sagen muss, dass es nur wirklich der erste Schritt sein kann.

Kinder als kleine Langzeitarbeitslose zu behandeln, ist wirklich realitätsfern. Es war ein langer Kampf, Kinder als eigene Träger von Rechten zu sehen, als Subjekte zu betrachten. Das muss weiter ausgebaut werden. Und da das so ist, haben sie auch ein Recht auf eine eigene Existenzsicherung. Das muss das langfristige Ziel sein. Das sind beide Lösungsansätze auf Bundesebene, für die Sie sich, Frau Hesse, hoffentlich an den geeigneten Stellen einsetzen werden.

Und noch ein paar Worte zum Schluss. Dass wir Kinderarmut nicht von heute auf morgen bekämpfen können, ist klar. Allerdings ist die Zeit gekommen, die Maßnahmen auf Landesebene noch einmal zu überprüfen und gegebenenfalls umzusetzen. Dass all diese Maßnahmen Geld kosten, ist mir bewusst. Aber unsere Einwohnerinnen und Einwohner sind schon weiter und ziehen sich nicht auf dieses Argument zurück. Wie die repräsentative Umfrage von Infratest dimap im Auftrag des Deutschen Kinderhilfswerks Anfang 2014 belegt, wären 66 Prozent der Bundesbürgerinnen und -bürger bereit, mehr Steuern zu bezahlen, wenn sie damit das Problem der Kinderarmut in Deutschland wirksam bekämpfen würden. Alle zeigen ihre Bereitschaft. Lassen Sie uns gemeinsam die Kinderarmut in Mecklenburg-Vorpommern angehen! – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Regine Lück: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 60 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales Frau Hesse.

Ministerin Birgit Hesse: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Es gibt in Mecklenburg-Vorpommern zu viele arme Kinder, denn jedes Kind, das in Armut lebt, ist eins zu viel.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD – Vizepräsidentin Beate Schlupp übernimmt den Vorsitz.)

Sie erinnern sich vielleicht, zum Thema Kinderarmut habe ich erst am 30. Januar dieses Jahres hier im Landtag gesprochen. Ich wiederhole es auch gern noch mal: Wir benötigen keinen neuen Bericht. Es gibt den Bericht zur Lebenssituation von Haushalten mit Kindern in Mecklenburg-Vorpommern der Prognos AG. Wir haben damit einen guten Überblick zur Einkommenssituation und zum Armutsrisiko, zur Inanspruchnahme sozialer Sicherungsleistungen und zur Selbsteinschätzung der wirtschaftlichen Lebenssituation. Wir haben also die Armut von Kindern und Jugendlichen in Mecklenburg-Vorpommern erfasst und analysiert, wie DIE LINKE es in ihrem Antrag fordert. Mit dem Bericht liegen der Landesregierung Daten zu vielen Untersuchungsfeldern vor, wie demografische Entwicklung, Wohnverhältnisse von Kindern und Jugendlichen, Gesundheitszustand von Kindern und Jugendlichen, Armutsrisiko für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund und so weiter und so weiter.

Sehr geehrte Abgeordnete, sicher stimmen Sie mit mir überein, dass entscheidend ist, wie wir mit konkreten Maßnahmen den Menschen helfen können, damit es ihnen tatsächlich besser geht. Oberstes Ziel der Landesregierung dabei ist immer die Verhinderung von Armut. Fakt ist, Mecklenburg-Vorpommern hat nach wie vor bundesweit das geringste Nettoeinkommen bei den privaten Haushalten. Dass wir bei den Armutsgefährdungsquoten nicht besonders gut aussehen, kann daher nicht überraschen. Das durchschnittliche Nettovermögen der Ostdeutschen war 2012 um mehr als die Hälfte niedriger als das der Westdeutschen.

Sehr geehrte Abgeordnete, Kinderarmut kann vor allem mit bundespolitischen Mitteln bekämpft werden. Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung sind viele Dinge vereinbart, die Kinderarmut mittelbar entgegenwirken. Ich nenne gerne Beispiele: Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, ein Entgeltgleichheitsgesetz, mehr Geld für Kitas, Schulen und Hochschulen, die Mietpreisbremse sowie die stärkere Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.

Mecklenburg-Vorpommern setzt aber auch die von Ihnen geforderten eigenen Akzente, um Kinderarmut wirkungsvoll entgegenzutreten. Arme Kinder haben arme Eltern. Deswegen versuchen wir in Kooperation mit der Bundesagentur für Arbeit,

(Udo Pastörs, NPD: Viele arme Kinder haben reiche Eltern.)

langzeitarbeitslose Eltern, insbesondere Mütter und Alleinerziehende, in ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis zu vermitteln. Ich führte es bereits mehrfach aus, die Stichworte „AQuA“ oder „Familiencoach“.

Sehr geehrte Abgeordnete, der Bundesgesetzgeber hat nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Regelsätzen aus 2010 das Bildungs- und Teilhabepaket eingeführt, das zusätzlich zu den Regelbedarfen für Kinder und Jugendliche erbracht wird. Immer mehr Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket kommen bei den Kindern und Jugendlichen in Mecklenburg-Vorpommern an. Im vergangenen Jahr wurden für die Leistungen 12,1 Millionen Euro ausgezahlt, ein Plus von rund 1,5 Millionen Euro beziehungsweise 13,4 Prozent gegenüber 2012.

Die Regelbedarfe werden regelmäßig neu ermittelt. Seit dem 1. Januar 2014 erhält jedes leistungsberechtigte Kind bis zu 14 Euro mehr im Monat.

Zum Thema Grundsicherung: Bisher ist für mich kein überzeugendes Konzept erkennbar, das sowohl gesellschaftlich tragfähig, politisch umsetzbar und finanzierbar wäre. Ich finde es sinnvoller, in die Infrastruktur zu investieren. Mit unserem guten Kindertagesförderungsangebot zum Beispiel ermöglichen wir allen Kindern die Teilhabe an frühkindlicher Bildung

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Das verhindert noch keine Kinderarmut.)

und einer vollwertigen Verpflegung, unabhängig von der sozialen Herkunft beziehungsweise des Portemonnaies der Eltern. Das ist aus meiner Sicht der richtige Weg, um Kinderarmut entgegenzuwirken. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Lindner.

Detlef Lindner, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Armut trifft viele verschiedene soziale Gruppen.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Ach?! – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Wir alle wissen um die bisweilen prekäre Situation, in die Familien geraten können. Die Ursachen sind verschieden und oftmals mehrschichtig. Aus diesem Grund haben wir Hilfs- und Beratungsangebote sowie Leistungen.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Toll.)

Wir lassen diejenigen nicht allein, die besonders von Armut bedroht sind, wie zum Beispiel Alleinerziehende, Menschen ohne Berufsabschluss oder mit Migrationshintergrund.

Gute Arbeitsbedingungen und vor allen Dingen gute Bildung von Anfang an, das sind Instrumentarien, die wir einsetzen, die Sie aber, meine Damen und Herren von den LINKEN, immer als unzureichend und gar nicht stattfindend deklarieren. Schon seit Beginn der neuen Legislaturperiode in Berlin haben Sie für sich in Anspruch genommen, dass die Bundesregierung nichts gegen Armut von Kindern tut, dass die Bundesregierung sich dem Problem stellt. Ich sage: Was für eine Behauptung! Einzig schuldig geblieben sind Sie die Beweise für diese Unterstellung.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Wo steht es denn im Koalitionsvertrag,
Herr Lindner? Kein Wort zu Kinderarmut!
Wo sind denn die Beweise dafür? –
Udo Pastörs, NPD: Wo steht das denn?)

Meine Damen und Herren, Armut ist nicht hinnehmbar. Wir müssen alle Anstrengungen unternehmen, damit Menschen lebenswerte Lebensbedingungen vorfinden.

Die Bundesregierung und auch wir als Land leiten aus den Erkenntnissen einen klaren Handlungsauftrag ab. Die von der Großen Koalition vereinbarten Vorhaben sorgen dafür, dass ganzheitliche Ansätze immer weiter entwickelt werden. Dadurch können Armut und soziale Ausgrenzung bekämpft und natürlich verhindert werden. Aber, meine Damen und Herren, Kinderarmut ist nach wie vor unumstritten eines der drängendsten Probleme in unserem Land. Jedes fünfte Kind ist von Armut bedroht. Kinderarmut ist in der Regel die Einkommensarmut der Eltern. Das haben Sie selbst definiert. Und genau deshalb arbeiten wir intensiv daran, den Arbeitsmarkt weiter zu stabilisieren und auszubauen.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Es geht auch um Steuergerechtigkeit.)

Die arbeitsmarktpolitischen Zahlen sprechen für sich. Arbeit muss sich dabei nicht nur allein durch einen Mindestlohn für alle und über alle Berufe lohnen. Eine solche Forderung ist mir inhaltlich und für die Umsetzung einfach zu platt.

Nein, meine Damen und Herren, wir setzen viel früher an. Wir haben viel Geld in die Hand genommen, um die frühkindliche Bildung umzusetzen, um allen Kindern den Zugang in die Einrichtungen zu ermöglichen, um die Betreuung durch die Tagesmütter qualitativ aufzuwerten und um Ganztagschulen auszubauen.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Hat man da schon was, Herr Lindner?
Ist das schon im Sozialausschuss gelandet?)

Und da ist auch noch das Bildungs- und Teilhabepaket, Frau Bernhardt. Sie haben an dieser Stelle von einem

Flop gesprochen. Nun, ich sage Ihnen, nicht das Programm hat gefloppt, sondern die Umsetzung muss verbessert werden. Das ist eine Frage der Umsetzung vor Ort. Was aber genau soll der Bund, soll das Land tun, wenn Menschen vor Ort nicht losgehen, um die Leistungen, die ihnen zustehen, auch abzurufen? Ist da nicht auch ein wenig Eigenverantwortung gefragt?

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Haben
Sie sich schon mal die Anträge angeguckt,
was man da alles ausfüllen muss?)

Wir können alle staatlichen und gesellschaftlichen Gemeinschaften nur anbieten und nicht aufdrängen. Gute Teilhabe- und Entfaltungsmöglichkeiten bieten Schutz vor Ausgrenzung und Diskriminierung. Familien müssen ihre Verantwortung wahrnehmen. Wir können dabei nur unterstützen, wir dürfen aber nicht entmündigen.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Dann müssen aber auch alle die gleichen
Bedingungen haben, keine Separierung.)

Die Erwartungen an die Jugendlichen sind vielfältig. Wir betrachten diese Anforderungen beobachtend. Wir gehen auf die jungen Menschen zu und sichern wichtige Bausteine zur Unterstützung,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Und warten ab.)

wobei ich deutlich sage, diese Unterstützungsleistungen beziehen sich auf die ganze Familie und auf die Kinder. Eine isolierte Leistung würde ins Leere gehen. Unser Ansatz ist das Ganzheitliche. Die Leistungen sind umfassend und stehen für jeden Einzelnen sowie für die Familie insgesamt. Wir wollen deshalb nicht über Jugendliche sprechen, ohne das Gesamtleistungskonzept zu beobachten.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Beobachten! –
Peter Ritter, DIE LINKE: Sonst ist doch
Herr Schubert immer der Beobachter.)

Jugendhilfe, das heißt für uns alle, nicht eine eigenständige Jugendpolitik zu gestalten,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Mit zweien sieht man besser.)

sondern es bedeutet, Leistungen, die wir durch Landes-, Bundes- und ESF-Mittel sicherstellen, zu stabilisieren,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Kommunale Selbstverwaltung.)

um mit anderen Leistungen die Bildung zu verknüpfen.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das ist aber die Rede von gestern.)

Nein, das gehört alles ein bisschen zusammen. Also das kann man nicht losgelöst sehen.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Na dann ist es gut. Dann war das gestern
eine andere Argumentation. –
Peter Ritter, DIE LINKE:
Heute so und morgen so.)

Im Raum stehen Forderungen, wie zum Beispiel: Kindern und Jugendlichen muss ein gebührenfreier Zugang zu öffentlichen kulturellen Einrichtungen, Museen, Bibliotheken, Theatern und Musikschulen ermöglicht werden. Da lassen Sie mich doch nur mal feststellen, die Möglichkeit muss natürlich auch umsetzbar sein.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das stimmt allerdings.)

In den ländlichen Strukturen sind solche Forderungen hübsch, aber wie sollen sie denn laufen? Fahren Sie alle Kinder durchs Land,

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

bauen Sie neue Bibliotheken oder Theater?

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Dann müssen eben Kommunen
ordentlich finanziell ausgestattet werden. –
Zurufe von Torsten Koplin, DIE LINKE, und
Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und dann haben wir noch die Eltern, und dann, Herr Ritter, haben wir noch die Eltern, die sich natürlich auch in Bewegung setzen müssen,

(Torsten Koplin, DIE LINKE:
Wer ist denn in der Regierung? –
Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig.)

um ihre Kinder anzuleiten und zu motivieren.

(Torsten Koplin, DIE LINKE:
Wenn Sie nicht dazu fähig sind,
müssen Sie die Regierung abgeben.)

Meine Damen und Herren, bildungsferne Eltern werden diese Idee nicht einfach so umsetzen

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Zuhören!)

und wir alle können da auch nicht einspringen. Und genau aus diesem Grund haben wir Ganztagschulen sowie Angebote in einem stetig ausgebauten Kitasystem. Hier können wir allerhand auffangen.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Allerhand.)

Ja.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist allerhand.)

Wir möchten die tatsächliche Arbeit der Landesregierung nicht weiter durch eine Berichtspflicht belasten.

(Torsten Koplin, DIE LINKE:
Ah! Nicht beim Regieren stören.)

Wir möchten uns Ihren ausgestalteten Zielen der Jugendarbeit nicht anschließen. Wir sehen die Regelsätze des SGB II als korrekt berechnet und lehnen Ihren Antrag ab.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Die CDU muss klatschen! –
Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Abgeordnete und Vizepräsidentin Frau Gajek.

(Zuruf von Bernd Schubert, CDU)

Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Wissen Sie, wenn es jetzt nicht so schlimm wäre, könnte man ja der Debatte ein bisschen Ironie abgewinnen, aber ich möchte doch zur Kinderarmut kommen. Ich glaube, die Debatte ist eine – ich erinnere mich auch noch an die im Januar –, die in großen Teilen im Bundestag geführt wird. Vorgestern wurde gerade die Flickschusterei der Familienministerin, uns allen bekannt, Frau Schwesig, noch mal kritisiert,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Was? Wer hat das getan?)

weil es um den Kinderfreibetrag geht, der jetzt irgendwann noch mal erhöht wird, der aber gerade denen, um die es hier heute geht, nämlich 2,5 Millionen Kindern, nicht zugutekommt. Ich glaube, das ist die Botschaft der LINKEN. Ich kann Sie da verstehen, aber ich denke, es geht hier noch mal um einzelne, ganz konkrete Dinge,

(Udo Pastörs, NPD: Dann
sagen Sie es mal konkret!)

und zwar: Der zentrale Hebel, der auch im zweiten Teil des Antrages der GRÜNEN steht, ist die Grundsicherung. Wir Bündnisgrüne nennen sie immer die Kindergrundsicherung, die jedem Kind zur Verfügung gestellt wird, weil eins ist in dieser doch sehr reichen Bundesrepublik fatal, dass es diese Polarität zwischen Arm und Reich gibt, zwischen Teilhabe und Nichtteilhabe.

Herr Lindner,

(Detlef Lindner, CDU: Ja, hier.)

Sie haben ja eben so ein paar Dinge genannt. Eigenverantwortung teile ich, auch Selbstverantwortung, aber das muss ermöglicht sein. Und wenn dann der ländliche Bereich kommt und hier so eine, ja, wenn ich das sagen darf, ein bisschen platte Bemerkung kommt, dann fahren Sie, Frau Bernhardt, doch durchs Land, ist das ein bisschen zu einfach.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Dabei
fährt sie jeden Tag durchs Land.)

Wir haben das gestern diskutiert, und zwar die Kinder- und Jugendhilfe insbesondere für den ländlichen Bereich mehr ins Auge zu fassen, vernetzter zu denken und eben keine Ausgrenzung fortzuführen.

Wenn Sie sich an meinen gestrigen Redebeitrag erinnern, wissen Sie, dass ich auf die Ganztagschule eingegangen bin und auf die Richtlinie, die jetzt der Bildungsminister verabschiedet hat, ohne Jugendhilfe, obwohl es diese Kritik der Jugendhilfe gab.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Es gibt in diesem
Land keine Kritik. 90 Prozent sind zufrieden.)

Und natürlich sind die Ansätze der Landesregierung bestimmt gut gemeint, dass man sagt, man möchte die

Vereine mit reinnehmen, die Verbände, aber es gibt hier nicht eine didaktische, nicht eine pädagogische Einschränkung, es gibt keine Standards darin und es gibt nicht die Ermöglichung der Selbstbeteiligung, nämlich gerade die der Kinder und Jugendlichen, weil die sind nicht gefragt worden.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Es wird von oben angeordnet.

(Udo Pastörs, NPD: Genau.)

Und wie sagte der Kollege Barlen gestern? Bottom-up. Ja, Bottom-up suche ich in diesen ganzen Argumentationen, in den ganzen Programmen,

(Wolfgang Waldmüller, CDU:
Jetzt ist aber Schluss!)

denn es wird von oben festgelegt. Auch in diesem Bereich passt es wieder, man versucht, Flickschusterei als Lösung anzubieten.

Aber lassen Sie mich doch noch mal auf den Bereich der Bildung eingehen, weil ich denke, Bildung ist der zentrale Punkt. Bildung von Anfang an, das sagen alle, wir definieren es nur anders. Wir als Bündnisgrüne fordern seit Jahren, den Betreuungsschlüssel der U3 zu verbessern. Wir haben 1 : 6 zurzeit, also eine Betreuerin/ein Betreuer auf sechs Kinder.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Ganztagskinder.)

Sie erinnern sich alle an diese Debatten. Und wahrscheinlich wird die SPD jetzt gleich wieder kommen mit den 100 Euro und damit, was wir alles tun,

(Heinz Müller, SPD: Ja.)

um nämlich den Betreuungsschlüssel zu senken,

(Heinz Müller, SPD: Ja.)

ja, den Betreuungsschlüssel für die Kinder im Kindergarten. Wir als Bündnisgrüne sagen uns, dass man früher anfangen muss,

(Torsten Renz, CDU: Ach nein!)

die Kinder zu stärken. Das kennen Sie, Herr Renz. Sie hatten ja letztes, ich erinnere mich auch an die Debatte, gesagt, und wie kommen die Kinder dann klar, wenn sie vorher eine Erzieherin hatten und in einer Gruppe mit 6 waren, und dann mit einmal 15 Kinder in einer Gruppe sind oder 16.

(Torsten Renz, CDU: Nein,
so habe ich das nie erklärt.)

Das war Ihre Argumentation damals.

(Torsten Renz, CDU: Ich bin gerne bereit,
nach vorne zu gehen und Ihnen das
zu erklären, wenn Sie hier weiterhin ...)

Die war ein bisschen fadenscheinig und wird dem Bedarf nicht gerecht.

Sie können hier gerne selber nachher reden, aber ich würde gerne erst mal meinen Redebeitrag zu Ende führen.

(Torsten Renz, CDU: Dann müssen
Sie aber bei der Wahrheit bleiben.)

Ich würde gerne noch mal in den Bereich Inklusion gehen. Inklusion ist ein Thema, was wir hier sehr stark auf den Bereich Behinderung, nämlich körperliches Handicap reduzieren. Die Frage ist doch mittlerweile: Ist Armut nicht auch ein Handicap, eine Behinderung?

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Ich meine, ja. Deswegen müssen wir Inklusion als etwas Größeres, als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sehen.

(Udo Pastörs, NPD: Es gibt
nur eine grüne Behinderung.)

Und da reicht es eben nicht, von oben anzuordnen.

Ich möchte auf drei Punkte eingehen, wo wir meinen als Bündnisgrüne, dass es hier eben keine Wahlfreiheit gibt und dass die Frage der freien Schulwahl beispielsweise schon eine ist, die nicht jedem Kind zur Verfügung steht, weil der Geldbeutel nicht da ist.

Ich nenne zum einen die Schülerbeförderung. Hier wird immer wieder diskutiert. Herr Liskow meinte ja eben, ich diskutiere nur über Schwerin. Wahrlich nicht! Ich denke, das – soweit Sie mich kennen – werden Sie immer feststellen, dass ich für das Land denke

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

und insbesondere immer die ländlichen Räume mit in die Diskussion einbringe. Alles andere, würde ich sagen, da gibt es eine Wahrnehmungsverzerrung.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Also Schülerbeförderung ist ein wichtiger Bereich.

Wir haben vorgestern den Bereich der freien Schulen diskutiert. Auch dort gibt es die Ausgrenzung, dass nämlich die Eltern, die nicht über das Geld verfügen, möglicherweise nicht ihre Kinder da hinbringen. Und ich denke, auch dieses ist in einer Gesellschaft, wo wir sagen, Wahlfreiheit steht jedem und jeder zu, ein Punkt, den wir diskutieren müssen.

Und das Schulesen. Das Schulesen ist heute so organisiert, dass für Kinder mit einer sozialen Benachteiligung in der Kita, ich glaube, drei Anträge gestellt werden müssen. Da frage ich Sie, das sind Hürden, die sind doch irgendwann zu überwinden. Es ist doch zu fragen, ob wir nicht immer mehr Geld für die Verwaltung und für die Separierung von Leistungen ausgeben

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Ja.)

oder ob es nicht eher darum geht, sich wirklich einzusetzen, dass jedes Kind ein kostenfreies Mittagessen bekommt,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Ja.)

weil es zum Bildungsauftrag gehört.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Ja.)

Da bin ich mit dabei. Ich bin aber nicht dabei, wenn es wieder darum geht, für Einzelne etwas Gutes zu tun.

(Torsten Renz, CDU: Rote Lampe.)

Sie merken, ich könnte noch viel weiter erzählen.

(Torsten Renz, CDU: Zum Glück haben wir Regeln, die das verhindern.)

Wir werden dem ersten Teil des Antrages nicht zustimmen. Ich bitte um getrennte Abstimmung. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Torsten Renz, CDU:
Das war ganz unseriös.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD die Abgeordnete Frau Tegtmeier.

Martina Tegtmeier, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Dass uns Frau Bernhardt hier vorwirft, für dieses Thema nicht sensibilisiert zu sein, das weise ich erst mal energisch zurück.

(Heinz Müller, SPD: Sehr richtig.)

Und dass uns hier vorgeworfen wird, dass wir das Ziel der Bekämpfung von Kinderarmut nicht in den Fokus nehmen, sondern Maßnahmen ergreifen, die zu dem Ziel führen, finde ich auch etwas merkwürdig. Aber ich finde Ihren Antrag darüber hinaus auch ein bisschen rückgratlos, muss ich sagen.

(Heiterkeit bei Heinz Müller, SPD,
und Udo Pastörs, NPD)

Sie sprechen hier im Punkt 2 unter b) und c) vom Regelsatz, der „bedarfsgerecht“ angepasst werden soll und dass das „langfristig“ zu einer „Grundsicherung“ führen soll. Das hört sich ja nicht schlecht an, aber Sie wissen ganz genau, was die Berechnung auf Bundesebene für einen bedarfsgerechten Regelsatz erbracht hat.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Wir leben in einer Wohlstandsgesellschaft.)

Es ist gerechnet worden. Und das Ergebnis, was da erreicht wurde, weicht ...

(Zuruf von Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Na selbstverständlich wollten wir das. Und Sie hatten auch damals Vorstellungen, die ganz anders aussahen, als das, was dabei herausgekommen ist.

(Zuruf von Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen nützt erst mal diese Berechnung nicht viel, wenn Sie nicht auch eine Hausnummer nennen. Es

schweben Hausnummern im Äther umher, 500 Euro lese ich an vielen Stellen. Der Regelsatz für Kinder liegt zurzeit bei der Hälfte ungefähr.

Aber ich will die ganze Angelegenheit noch mal von einer anderen Seite ein bisschen beleuchten. Frau Bernhardt, Sie haben aus der WSI-Studie berichtet. In ihr steht, dass im Jahr 2012 72.000 Kinder mit Armutsrisiko hier zu verzeichnen waren. Das bedeutet aber auch, dass das in absoluten Zahlen 15.000 weniger sind, als 2005 zu verzeichnen waren.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Gucken Sie sich doch mal die Prozente an!)

Ja, zu den Prozenten komme ich natürlich gleich. Prozentual, da haben Sie vollkommen recht. Mit 33,5 Prozent ist es der schlechteste Wert eines Flächenlandes in dieser Bundesrepublik. Aber dann müssen Sie natürlich auch mal gucken, wie kommt dieser Wert zustande.

(Tino Müller, NPD: Man kann
sich das alles schönreden.)

Die Zahlen sind ...

Natürlich kann man alles schönreden, ja.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das müssen die Richtigen sagen! –
Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Diese Zahlen sind relativ, weil zur Berechnung das Nettoäquivalenzeinkommen im Bundesvergleich herangezogen wird. Und was besagt das? Wenn wir in Süddeutschland beispielsweise sehr gute Tarifabschlüsse haben und die Einkommen dort sehr steigen, dann können sie bei uns in Mecklenburg-Vorpommern auch steigen, bloß wenn sie das nicht in dem gleichen Maße tun, haben wir natürlich gleich prozentual hier ganz andere Werte. So wären über rein statistische Effekte allein mehr Kinder armutsgefährdet, die in der realen Situation überhaupt gar keine Unterschiede haben, vielleicht sogar in ihrem privaten Umfeld Verbesserungen verzeichnen konnten. Das darf man dabei auch nicht vergessen.

Wenn man sich anguckt, die Armutsrisikoschwelle ist von 873 Euro im Jahr 2005 auf 993 Euro in 2010 gestiegen. Und allein weil wir zur Kenntnis nehmen müssen, dass wir uns in einem Niedriglohnland befinden – und das wird ja auch, glaube ich, von niemandem mehr abgestritten, dass hier die Nettodurchschnittslöhne oder auch die Bruttodurchschnittslöhne niedriger sind als in anderen Bundesländern der Bundesrepublik –, sind wir, statistisch betrachtet, hier dadurch immer im Nachteil.

Zum Vergleich: Die Armutsgefährdungsquote aller Einwohner in Mecklenburg-Vorpommern beträgt im Vergleich mit dem Bund 22,2 Prozent, liegt also über dem Bundesdurchschnitt. Im Vergleich mit dem Einkommen auf Landesebene hingegen sind das nur 13,9 Prozent. Das ist wiederum unter dem Bundesdurchschnitt. Das sind Zahlen von der Bundeszentrale für politische Bildung. Armut und Armutsrisiko sind also relativ, nicht nur im statistischen Sinne.

Kinderarmut im Land zu bekämpfen, bedeutet in erster Linie, die sozioökonomische Situation der Eltern zu stär-

ken. Und das geschieht – Beispiele wurden genannt – zum Beispiel durch das Projekt „AQuA“. Das wollte ich noch mal nennen, weil das gezielt Alleinerziehende auf dem Arbeitsmarkt vermittelt, und wir alle wissen, dass dieser Personenkreis bekanntlich besonders benachteiligt ist. Da ist nicht nur die hohe Arbeitslosenquote, sondern auch die steuerliche Ungleichstellung zum Beispiel verheirateten Paaren mit Kindern gegenüber betrachtet.

Ich persönlich hoffe, dass Manuela Schwesig, sie ist ja schon genannt worden hier, auf Bundesebene ihre Gespräche erfolgreich abschließen kann in diesem Zusammenhang.

(Zuruf von Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch die Orientierung beim Einsatz von ESF-Mitteln im Land zielt darauf ab, ergänzend zu den Maßnahmen der Bundesanstalt gezielte Förderung in diesen Bereichen zu ermöglichen.

Bezüglich der fairen Chancen für Kinder im Land wurde schon vieles angeführt, was im Laufe der letzten Jahre eingeleitet wurde. Und wenn hier unisono behauptet wird, dass da überhaupt keine Erfolge zu verzeichnen wären, sondern dass sich die Situation verschlechtert hätte, möchte ich Ihnen hier abschließend einige Zahlen der Bundesagentur für Arbeit nennen, die die Entwicklung von ALG-II-Bedarfsgemeinschaften mit Kindern aus den Jahren 2009 bis 2013 vergleicht. So sind nämlich die Bedarfsgemeinschaften Alleinerziehender in dem Zeitraum vom Oktober 2009 von 20.150 zu Oktober 2013 auf 19.005 zurückgegangen. Das bedeutet einen Rückgang von 5,68 Prozent.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Partnerbedarfsgemeinschaften mit Kindern unter 18 Jahren sind sogar um minus 26,57 zu verzeichnen,

(Udo Pastörs, NPD: Das ist überzeugend.)

also über ein Viertel Rückgang.

(Stefan Köster, NPD: Da hört gar keiner mehr zu, Frau Tegtmeier.)

Und der Anteil an allen Haushalten in Prozent: Bei alleinerziehenden Bedarfsgemeinschaften ist der absolute Rückgang von minus 12,5 Prozent zu verzeichnen. Bei Partnerbedarfsgemeinschaften mit Kindern unter 18 Jahren um 3,9 Prozent, wobei man natürlich sagen muss, dass der Rückgang insgesamt bei Bedarfsgemeinschaften mit einem oder zwei Kindern gravierender war als der mit mehr Kindern. Die Altersstruktur der Kinder in Bedarfsgemeinschaft hat sich auch positiv entwickelt. So ist die Anzahl der unter 15-Jährigen absolut um 4.167 zurückgegangen,

(David Petereit, NPD: Es hört doch überhaupt keiner mehr zu.)

das bedeutet 8,36 Prozent, und Kinder unter 3 Jahren über 20 Prozent. Der Anteil der Single-Bedarfsgemeinschaften mit Kindern, die Einkommen aus Erwerbsarbeit hatten, stieg von 32,5 Prozent im Jahr 2009 auf 35,7 Prozent im Jahr 2013.

(Udo Pastörs, NPD: Endlich mal was Positives, es steigt.)

Der Anteil der Partnerbedarfsgemeinschaften mit Kindern, die Einkommen aus Erwerbsarbeit hatten, stieg von 59,3 Prozent im Jahr 2009 auf 63,9 Prozent im Jahr 2013.

Daraus abzuleiten, dass alle Bemühungen nicht fruchten, das generell nur negativ zu sehen und das an reinen Prozentzahlen festzumachen, finde ich persönlich viel zu kurz gegriffen. Wenn Sie ernsthaft diese Thematik bearbeiten wollen, müssen Sie auch diese Zahlen mit einbeziehen.

Natürlich haben wir noch einen langen Weg vor uns, aber vor allen Dingen bei unserem Lohnniveau hier, das wir unbedingt bald ein bisschen anpassen müssen an den Bundesdurchschnitt.

(Udo Pastörs, NPD: Sie sorgen dafür, dann klappt das.)

Und dieses blöde Gelaber von der rechten Seite hier ist heute wieder besonders nett.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD –
Zurufe von Stefan Köster, NPD,
und David Petereit, NPD)

Ich schließe an dieser Stelle. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Frau Bernhardt, Ihren Antrag lehnen wir leider ab.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Stefan Köster, NPD: Was für
eine Schlaftablette!)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Frau Tegtmeier, Ihre Bezeichnung „blödes Gelaber“ weise ich als unparlamentarisch zurück. Ich bitte aber auch die NPD-Fraktion,

(Jochen Schulte, SPD:
Ihr blödes Gelaber einzustellen.)

sich in ihren Äußerungen zu mäßigen.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Herr Müller.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Ach du Gott,
was jetzt wohl wieder kommt?!)

Tino Müller, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Armut von Kindern und Jugendlichen ist traurige Realität in Mecklenburg-Vorpommern.

(Jochen Schulte, SPD:
Die geistige Armut der NPD auch.)

Die Tatsache ist dabei keineswegs neu, dennoch wird die Armutsentwicklung bei uns im Land immer gravierender.

Die LINKEN gehen in ihrer Antragsbegründung auf den am 11. Januar 2014 erschienenen Bericht der Hans-

Böckler-Stiftung zur Kinderarmut in Deutschland ein. Als schallende Ohrfeige der politisch Verantwortlichen von der SPD-CDU-Regierung muss man das Ergebnis der Stiftung für Mecklenburg-Vorpommern werten. So kommen die Akteure zum Ergebnis, dass die Armutsgefährdungsquote bei uns im Land bei 33,5 Prozent liegt, was einer tatsächlichen Zahl von 72.000 gefährdeten Kindern entspricht. Dass nur Bremen mit 33,7 Prozent eine noch schlechtere Entwicklung nimmt als Mecklenburg-Vorpommern, tröstet dabei recht wenig,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

im Gegenteil, zeigt doch der Bericht, dass unser Bundesland das Flächenland in Deutschland mit der größten Armutsgefährdung ist.

Diese katastrophale Entwicklung geht einzig und allein auf die Politik der hier im Landtag vertretenen Parteien zurück. Gerade Sie, meine Damen und Herren von den LINKEN, SPD und CDU, sind verantwortlich, dass Rahmenbedingungen für Armut, soziale Ausgrenzung und Perspektivlosigkeit in unserem Land vorherrschen. Sie sind es, die in Regierungsverantwortung standen beziehungsweise stehen und nun gegenseitig mit dem Finger auf den anderen zeigen.

Werfen wir einen Blick zurück auf den Zukunftsatlas 2013. Hier wurde Ihnen glasklar Ihr politisches, wirtschaftliches und soziales Scheitern in Mecklenburg-Vorpommern vor Augen geführt. Ob Stärke, Dynamik oder Zukunftsperspektive, in keiner der aufgezählten Kategorien schafften es unsere Landkreise und kreisfreien Städte, auf den grünen Zweig zu kommen. Ganz im Gegenteil, Landkreise wie Vorpommern-Greifswald, Vorpommern-Rügen oder die Mecklenburgische Seenplatte rangieren auf den hinteren Rängen im Regionenvergleich. Und was passiert? Was ist die Konsequenz? Die Landesregierung von SPD und CDU feiert in der Aktuellen Stunde sich selbst mit dem Thema „Wir gestalten die Zukunft aus eigener Kraft – Erfolgreiche Halbzeitbilanz der rot-schwarzen Koalition“.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, ja.)

Diese Verklärung der Wirklichkeit ist widerwärtig

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

und ein Schlag ins Gesicht jedes Kindes und Jugendlichen, das/der in Mecklenburg-Vorpommern in Armut lebt und von Armut bedroht ist.

Wir hingegen setzen uns für ein kinderfreundliches Land ein, ob Mütter- und Erziehungsgehalt, die Gewährung eines Ehestandsdarlehens für junge Familien oder die Einführung einer Berufsausbildungszulage für Jugendliche.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Trotz allem stimmen wir dem Antrag der LINKEN zu. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt noch einmal für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Bernhardt.

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Ich habe sowohl heute als auch in der Landtagssitzung im Januar einige Argumente gehört, die ich so nicht stehen lassen möchte.

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Zum einen, Frau Hesse, beziehen Sie sich auf einen Bericht, der fünf Jahre alt ist und dessen Datenlage heute überholt ist. Die Datenlage, die Ihnen vorliegt, scheint nicht mehr aktuell zu sein. Das konnten wir der Kleinen Anfrage entnehmen.

Und, Frau Tegtmeier, da liegen Ihnen anscheinend mehr Daten vor, als Ihrer eigenen Landesregierung.

Meiner Fraktion wurde seitens der Koalitionäre in der Januarlandtagssitzung vorgeworfen, dass wir sowohl bei der Thematisierung des Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung als auch mit dem Bericht zur regionalen Armutsentwicklung 2013 des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes politische Stimmung erzeugen wollen. Ja, Frau Friemann-Jennert, wenn es darum geht, auf Probleme politisch aufmerksam zu machen, wenn wir bei Ihnen eine Sensibilisierung für diese Themen erreichen können, dann lasse ich mir diesen Vorwurf gerne gefallen.

Wir brauchen endlich eine politische Stimmung auch hier im Landtag, um mit Nachdruck gegen Kinderarmut vorzugehen, und das aus zwei Gründen. Wir konnten am Mittwoch hier im Landtag bei der Aktuellen Stunde eine Selbstbeweihräucherung der Landesregierung und der Koalitionäre erleben.

(Zuruf von Maika Friemann-Jennert, CDU)

Weder in der Halbzeitbilanz Anfang März noch am Mittwoch in der Aktuellen Stunde habe ich das Wort „Kinderarmut“ auch nur gehört. Das zeigt, dass Kinderarmut noch nicht mal als Problem erkannt wurde. Oder wie muss ich diese Worte deuten?

(Heiterkeit bei Wolfgang Waldmüller, CDU:
Nee, Sie haben nichts gehört.)

Wäre es nicht angemessen, auch selbstkritisch sein eigenes Handeln bei einer Halbzeitbilanz im Kampf gegen Kinderarmut zu hinterfragen? Wenn Sie das schon nicht tun, meine Damen und Herren von den Koalitionärfraktionen, dann sehe ich es als ureigenste Rolle von Opposition an,

(Udo Pastörs, NPD:
Linke Opposition.)

auf dieses Problem weiter aufmerksam zu machen. Das gelingt uns anscheinend nur, wenn wir auch die entsprechende politische Stimmung erzeugen.

Zweitens. Wir brauchen auch endlich eine politische Stimmung, da die Kinderarmutsquoten in Mecklenburg-Vorpommern nach wie vor hoch sind. Und es sind nicht nur statistische Daten, sondern es hat konkrete Auswirkungen auf die Lebensbedingungen der Kinder vor Ort.

Lieber Ralf Mucha, wie in Ihrer Pressemitteilung zu lesen war, beziehen Sie sich ja nur auf die statistische Armut

der Kinder und Jugendlichen. Jedes Kind, das von Armut bedroht ist beziehungsweise in Armut leben muss, ist eins zu viel. Ich wiederhole die Quoten gerne noch einmal, vielleicht gelingt es mir ja, die politische Stimmung zu erzeugen, die ich mir wünsche, wenn wir dieses Problem angehen wollen: von 32,8 Prozent 2005 zu 33,5 Prozent 2012.

Und, Frau Friemann-Jennert, weil Ihnen eine versachlichte Diskussion im Januar so wichtig war und Sie darauf verwiesen,

(Maika Friemann-Jennert, CDU: Oh, Sie haben ja zugehört! Das ist ja interessant!)

dass wir von Armut in einer Wohlstandsgesellschaft reden und dass wir im internationalen Vergleich gut dastünden, möchte ich meinen Teil zur Versachlichung beitragen. 2012 schnitt Deutschland im Vergleich zwischen 35 Industrienationen mit einem 13. Platz ab, nach Ländern wie Finnland, Island und Norwegen. Wieso lassen Sie uns nicht am Stand dieser Länder orientieren, anstatt auf Länder zu schauen, wo Kinderarmut ein noch größeres Problem darstellt? Fortschritt wurde doch nie erreicht, indem man sich an schlechteren Standards orientierte. Nein, auch im internationalen Vergleich hält solch ein reiches Land mit einer Wohlstandsgesellschaft wie Deutschland nicht stand – und Mecklenburg-Vorpommern noch weniger.

(Maika Friemann-Jennert, CDU:
Das ist Ihre Interpretation dazu.)

Das macht unsere Forderung nach einem abgestimmten Bund-Länder-Vorgehen umso wichtiger.

Ebenfalls in der letzten Landtagsdebatte kam die Frage auf, von welcher Form der Kinderarmut wir eigentlich redeten.

(Minister Harry Glawe: Es gibt ja auch nur noch ein Zählland.)

Ja, bei diesen Zahlen gehen wir von der Einkommensarmut aus, so, wie es in der Europäischen Union üblich und ein anerkanntes Verfahren ist. Herr Heydorn unterstellte uns damals, wir, die Fraktion DIE LINKE, würden uns nur auf die Einkommensarmut beziehen. Mitnichten.

Gerade im Jahr 2014 wurde in der besagten Studie der Hans-Böckler-Stiftung sehr deutlich gemacht, dass Einkommensarmut natürlich auch mit Mangellagen einhergeht. Ich möchte, um es Ihnen noch mal zu verdeutlichen, aus der Studie zwei Sätze zitieren: „Die relative Einkommensarmut hat für die davon betroffenen Kinder durchaus materielle Folgen. Armutsgefährdete Haushalte mit Kindern weisen generell eine schlechtere Versorgung mit relevanten Gütern auf.“ Zitatende.

(allgemeine Unruhe – Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Pscht!)

Sehr geehrte Damen und Herren, ich muss mir nicht erst die Studie anschauen, um zu wissen, dass dort, wo Einkommensarmut herrscht, Mangellagen bei der Versorgung der Kinder bestehen.

Nun sind Sie ja der Meinung, dass Kinderarmut immer auch Elternarmut sei und insbesondere Arbeit

das beste Mittel gegen Armut sei. So jedenfalls konnte ich es heute wie auch in der Januarlandtagssitzung hören. In Teilen gebe ich Ihnen da wirklich recht. Ja, Elternarmut ist auch immer Kinderarmut. Aber ich halte nicht jede Art von Arbeit für das beste Mittel gegen Armut. Ich möchte das kurz begründen. Am Mittwoch lobte sich die Landesregierung dafür, dass es in Mecklenburg-Vorpommern derzeit die höchste Anzahl sozialversicherungsspflichtiger Arbeit seit 2008 gäbe.

(Beifall Andreas Butzki, SPD –
Wolfgang Waldmüller, CDU:
So ist es, sehr gut. Ja, so ist es.)

Wenn Ihr Argument also stimmen würde, Herr Waldmüller, müssten wir jetzt im Umkehrschluss die geringste Quote von von Armut betroffenen Kindern haben.

(Andreas Butzki, SPD: Haben wir auch.)

Wenn Sie sich nochmals an die Quoten von vorhin erinnern, so werden Sie erkennen, dass wir seit Jahren eine stabil hohe Kinderarmutsquote in Mecklenburg-Vorpommern vorweisen. Sie widersprechen sich also selber, meine Damen und Herren von der Landesregierung und von den Koalitionsfraktionen!

(Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

Nur gute, existenzsichernde Arbeit kann Elternarmut und somit auch Kinderarmut verhindern. Dazu gehört auch, dass alleinerziehende Frauen und Männer Arbeit und Familie unter einen Hut bekommen können und von ihrer Arbeit leben können. Aber gerade aktuell am Wochenende konnten wir den Medien entnehmen, dass besonders Alleinerziehende einem deutlich höheren Armutsrisiko ausgesetzt seien. Danach ist etwa in jeder fünften Familie bundesweit, in Mecklenburg-Vorpommern in jeder vierten Familie, nur ein Erwachsener allein für die Kinder verantwortlich. Rund 40 Prozent von ihnen leben in Hartz IV. Das Armutsrisiko von Alleinerziehenden in Mecklenburg-Vorpommern sei überdurchschnittlich hoch, so die Presse.

Die Ansätze von den Projekten „AQuA“ und „Familiencoach“, die wir heute gehört haben, sind gut, aber sie erreichen derzeit nur eine verschwindend geringe Zahl von Alleinerziehenden. Deshalb lassen Sie uns schauen, was wir weiter verbessern können.

Und weil von Ihnen immer wieder das Argument kommt, ja, wir machen ja, wir geben mehr Geld in die Kitas – alleine mehr Geld in die Kitas zu geben, reicht nicht.

(Heinz Müller, SPD: Aber
schon mal ein guter Anfang, ne?!)

Ja.

Seit 2007 ist fast das doppelte Geld in die Kitaförderung vom Land gegeben worden.

(Heiterkeit bei Detlef Lindner, CDU:
Das ist auch gut so.)

Das ist auch gut so. Aber erstens, was Sie immer verkennen, ist, seit 2007 sind natürlich auch die Kinderzahlen gestiegen. Allein von 2009 zu 2013 haben wir ungefähr 10.000 Kinder mehr in der Kindertagesbetreuung.

Bei der Grundfinanzierung relativieren sich dann die Zahlen. Der Grundbetrag stieg von 986 Euro 2009 zu 2013 auf 1.138 Euro, also um 150 Euro pro Kind pro Jahr seitens der Landesregierung.

(Minister Harry Glawe: Die habt ihr jahrelang gedeckelt, als ihr regiert habt. – Helmut Holter, DIE LINKE: Stimmt nicht. – Minister Harry Glawe: Das habt ihr wieder vergessen.)

Zweitens. Ich möchte Ihnen gerne mal anhand der Stadt Torgelow ein Beispiel geben, wie sich dort die Ausstattung, die Grundfinanzierung seitens des Landes konkret darstellt.

2013 hatten wir für die 0- bis 3-Jährigen für einen Ganztagsplatz Landesmittel pro Platz in Höhe von 205 Euro. 2014 haben wir für denselben Platz seitens des Landes nur noch 180 Euro, also 25 Euro weniger seitens der Landesfinanzierung. Und ich frage mich, wie das zustande kommt. Das ist für mich ein Schluss, dass das KiföG-System unterfinanziert ist.

Und wer trägt letztendlich die Folgen? Das sind die Eltern. Auch das konnte man dieser Übersicht entnehmen. So ist der Elternbeitrag in der betreffenden Gruppe von 220 Euro auf 238 Euro gestiegen.

Und was Sie drittens verkennen, wenn Sie sich immer alleine auf die Geldmittel zurückziehen, die Sie in die Kindertagesförderung geben, ist, dass wir auch Standards verbessert haben, die natürlich auch mit mehr Geld einhergehen.

(Heinz Müller, SPD:
Aber das ist doch nicht falsch.)

Das ist Quatsch, Herr Müller?

(Heinz Müller, SPD: Das ist doch nicht falsch, habe ich gesagt.)

Ach so. Ich wollte schon sagen ...

Wenn wir die Fachkraft-Kind-Relation senken, natürlich kostet das Geld. Wenn wir die mittelbare pädagogische Arbeit senken, kostet das natürlich Geld.

(Egbert Liskow, CDU:
Und ist es gut oder nicht? –
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Insofern relativieren sich Ihre Zahlen, die Sie sich hier alleine vorziehen.

(Heinz Müller, SPD: Qualitativ haben wir das Angebot verbessert und mehr Geld haben wir auch reingegeben. Jetzt sind Sie dran.)

Geringfügig verbessert, ja, Herr Müller, das stimmt.

Wie gesagt, insofern relativieren sich alle Ihre Einbringungen, dass Sie die Kindertagesförderung um das Doppelte verbessert haben, wenn man sich die drei Punkte anschaut. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/2749. Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, die Ziffern 1 und 2 des Antrages einzeln abzustimmen.

Wer der Ziffer 1 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/2749 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer 1 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/2749 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE und NPD abgelehnt.

Wer der Ziffer 2 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/2749 zuzustimmen wünscht, den bitte ich nun um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer 2 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/2749 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und CDU, bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und NPD abgelehnt.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Mittwoch, den 9. April 2014 um 10.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 11.41 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Dr. Till Backhaus, Mathias Brodkorb, Lorenz Caffier, Katharina Feike, Jörg Heydorn, Vincent Kokert, Burkhard Lenz, Volker Schlotmann und Erwin Sellering.